Nr. 44 — Halle (Saale), Freitag den 21. Februar 1913 — 24. Jahrg.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Bezugspreis monatlich 90 Pf. frei ins Haus, durch die Post vierteljährlich 1.65 Mark ohne Bestellgeld.

„Die Neue Welt" (Unterhaltungsbeilage), monatlich 10 Pfennig.

Schriftleitung: Harz 40/43. Fernsprecher 888 Sprechstunde: werktags von 12—1 Uhr mittags.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Anzeigengebühr beträgt für die 6gespaltene Kolonelzeile od. deren Raum 30 Pf., für auswärtige Anzeigen 25 Pf., Anzeigen unter dem Textteil die Zeile 75 Pf.

Anzeigen für die fällige Nummer müssen spätestens bis vormittags 9½ Uhr in der Geschäftsstelle aufgegeben sein.

Hauptgeschäftsstelle: Harz 40/43. Fernsprecher 1047 Geöffnet: werktags ununterbrochen von 7 Uhr früh bis 7 Uhr abends.

Opfern für den Moloch!

Die kommende Militärvorlage wird ungeheuerlich!

Wilhelm II. und sein Handlanger Bethmann haben in ihren Festreden schon angekündigt, daß das Volk für den Militarismus erneut „Opfer, schwere Opfer" bringen müsse. Das wird bestätigt.

Vor einiger Zeit erschien in der Scherlpresse ein Artikel, überschrieben: Die Forderungen der Armee, der großes Aufsehen erregte, einesteils deshalb, weil hier im Namen der Armee das Wort genommen wurde, anderenteils deshalb, weil geradezu wahnwitzig erscheinende Forderungen gestellt wurden. Was bisher über die kommende Militärvorlage in die Oeffentlichkeit gedrungen ist, ließ aber erkennen, daß sich die in dem Artikel enthaltenen Forderungen so ziemlich mit dem decken werden, was vom Reichstag verlangt werden wird. Die Reden, die der Reichskanzler im Landwirtschaftsrat und Wilhelm II. in Königsberg gehalten haben, geben keinen Aufschluß über den Umfang der Militärvorlage; aber der in beiden Reden erfolgte Hinweis auf die zu bringenden „großen Opfer" läßt darauf schließen, daß **in der Tat eine Vorlage geplant ist, wie sie seit dem Bestehen des Reichs noch nie dem Reichstag vorgelegt worden ist.** Diese Mutmaßung findet eine weitere Stütze in einem von demselben Verfasser stammenden Artikel des Berliner Lokalanzeigers über: Die Wehrmacht Deutschlands und Frankreichs. Diese Ueberschrift trifft nicht den Inhalt des Artikels, denn es wird nur ganz kurz davon gesprochen, daß Deutschland seine Armee immer weiter vergrößern müsse, um zu einer derart erdrückenden Uebermacht zu gelangen, „daß dem gallischen Hahn sehr bald die Lust vergehen wird, sein Mütchen an uns kühlen zu wollen". Und nun wird der „nationalen" Presse die Aufgabe gestellt, aufklärend zu wirken, damit, wenn die Regierung mit den neuen Vorlagen an den Reichstag herantritt, dort „das nötige Verständnis" vorhanden ist. Dieser Rede Sinn ist reichlich dunkel, denn im Reichstage sind die Meinungen derart abgeschlossen, daß von einer Einwirkung der Presse auf den Reichstag jedenfalls nichts erwartet werden kann. Der Reichstag ist auch gar nicht gemeint, vielmehr handelt es sich um die Präparierung der Massen der Bevölkerung, die durch Kriegsgeschrei und Schwarzmalerei in eine Stimmung versetzt werden sollen, die den Plänen der Regierung günstig erscheint. Die Regierung scheint hier mit der „Aufklärung" einsehen zu wollen, die sie nach der Klage der Anhänger des schwarz-blauen Blocks in der Angelegenheit der Finanzreform unterlassen hat. In welcher Richtung diese „Aufklärung" sich bewegen soll, läßt der erwähnte Artikel klar erkennen. Zunächst wird hervorgehoben, daß eine allgemeine Wehrpflicht einerseits und die Festlegung einer Friedenspräsenzstärke auf eine Reihe von Jahren andererseits zwei Dinge sind, die einander widersprechen. Wie sich das Volk vermehre, so müsse ganz automatisch auch eine Vermehrung der Armee eintreten. Der Zustand sei geradezu unhaltbar, daß um jedes Bataillon und um jede Rittmeisterstelle geredet und gefeilscht werden müsse. Frankreich ziehe heute 90 Prozent seiner Wehrfähigen tatsächlich ein, wir dagegen nur etwa 50 Prozent. Diesem „Mißstand" könne ein Ende gemacht werden durch die automatisch steigende Präsenzstärke der deutschen Armee. Die Vorschläge, die dann gemacht werden, gipfeln darin: zunächst einmal alle militärischen Einheiten um 10 bis 20 Prozent zu erhöhen und den Pferdebestand zu verstärken. Die noch verbleibenden 30 Prozent wehrfähiger Mannschaften müßten nach Art der früheren Ersatzreserve auf den Truppenübungsplätzen militärisch ausgebildet werden. Hierzu würde allerdings eine gewaltige Vermehrung der Offiziere und Unteroffiziere notwendig sein, und der Artikelschreiber empfiehlt auch alle für den Kriegsfall benötigten Offiziere und Unteroffiziere bereits im Frieden aufzustellen.

Es ist kein Geheimnis, daß man in Offizierskreisen auf einen Krieg hindrängt. Man möchte zunächst einmal praktisch erproben, was man in Friedenszeiten gelernt hat und man erwartet von einem solchen Falle auch eine ganz bedeutende Steigerung des Avancements. Die Klagen über „Ueberalterung des Offizierkorps" werden fast jeden Tag neu erhoben und durch einen Krieg glaubt man diesem „Uebelstand" abhelfen zu können. Da es aber immerhin ein gewagtes Unternehmen ist, einen Krieg vom Zaune zu brechen, so will man den Wünschen der Offiziere in der Weise entgegenkommen, daß man ihre Zahl ganz gewaltig vermehrt. Dies würde aber nur zur Folge haben, daß in etwa 10 oder 12 Jahren genau die gleichen Klagen wieder auftreten würden. Die Vermehrung der Unteroffiziere stößt auf gewisse Widerstände. Schon jetzt fällt es schwer, den nötigen Unteroffiziers-Ersatz zu bekommen, und es sind auch schon Vorschläge nach der Richtung hin gemacht worden, den Unteroffizieren eine bessere Zivilversorgung zu bieten, um damit einen Anreiz zu schaffen, diese Laufbahn einzuschlagen. Um wieviel größer würden erst die Schwierigkeiten sein, wenn im Frieden schon die für den Krieg benötigte Unteroffizierzahl aufgestellt werden sollte.

Sicher ist, daß die neue Militärvorlage auch eine Umgestaltung des heutigen Systems mit sich bringen wird, und wer da weiß, was solche Umgestaltungen in kleinerem Rahmen schon kosten, dem werden all die schwindelhaft hohen Summen, die bisher genannt worden sind, als noch hinter der Wirklichkeit zurückbleibend erscheinen müssen.

Es ist kein Zweifel möglich, die Regierung will diesmal einen Hauptschlag wagen, sie setzt alles auf eine Karte, sie setzt den Konflikt voraus und will den Kampf wagen. Deshalb der Wunsch nach „Aufklärung des Volkes", die vermutlich nach den Manieren des Generals Keim, des Wahlmachers des Fürsten Bülow, erfolgen soll. Die Massen werden gut tun, auf der Hut zu sein, um der Schlammflut von Verleumdungen und Verdächtigungen, die sich wieder einmal aus offiziösen Quellen ergießen wird, den nötigen Damm entgegensetzen zu können.

Auf alle Fälle aber muß das arbeitende Volk auf große politische Kämpfe gefaßt sein.

*

Auch noch eine neue Kaiserjacht!

10 Millionen Mark!

Bei der Weiterberatung des Marineetats in der Budgetkommission des Reichstags wendeten sich unsere Genossen lebhaft gegen die Forderung von zehn Millionen Mark für ein neues Kaiserschiff an Stelle der Hohenzollern. Die Genossen Noske und Ledebour betonten, daß sich Wilhelm II. aus eigenen Mitteln ein Schiff bauen lassen soll, wenn er ein solches für seine persönlichen Zwecke haben will. Die Indienthaltung schon der jetzigen Hohenzollern erfordert jährlich beinahe 400 000 Mk.; beim neuen Schiff wird sich die Summe auf eine halbe Million Mark erhöhen. Es handle sich hier um den Marineetat zum Zwecke der Landesverteidigung, beim Ersatz Hohenzollern könne aber davon nicht die Rede sein, daß ein wirkliches Kriegsschiff geschaffen werde, sondern es handle sich um ein Schiff für rein persönliche Verwendung. Kriegerische Zwecke scheiden vollkommen aus. Es könne sich auch nicht darum handeln, dem Kaiser als oberstem Kriegsherrn ein Schiff zur Verfügung zu stellen, denn dafür seien ja in die Flaggschiffe besondere Wohnräume für den Kaiser eingebaut. Wenn der Kaiser aber ein Privatschiff bauen wolle, so solle er es auch selbst bezahlen. Wer Sparsamkeit im Reiche üben will, habe jetzt eine günstige Gelegenheit. — Staatssekretär v. Tirpitz vertrat die Forderung mit dem Hinweis, der Kaiser „brauche" ein Schiff bei der Leitung großer „Seemanöver und Paraden". — Genosse Ledebour bezweifelte demgegenüber, daß Wilhelm II. eine solche seemännische Ausbildung erfahren habe, die ihn befähige, Seemanöver zu leiten. Der Kaiser habe keinerlei Examen dieser Art gemacht, er sei also nur Amateurseefahrer. Wenn eine besondere Ausbildung hierfür nicht notwendig sei, so könnte man ja glauben, daß die auch für die Seeoffiziere unnötig sei. — Abg. Graf Westarp glaubte entrüstet „Verwahrung" gegen die Aeußerungen Ledebours einlegen zu müssen, die eine „unzulässige Hereinzerrung der Person des Kaisers in die Debatte" bedeuteten. Für die neue Kaiserjacht stimmten sämtliche bürgerlichen Parteien.

Man sieht hier wieder, wie mit den durch Nahrungsmittelzölle und Nahrungsmittelsteuern erpreßten Groschen des Volkes gewüstet wird — und wer die Parteien sind, die das Volksgut verschwenden!

Politische Uebersicht.

Halle (Saale), den 20. Februar 1913.

Der Reichstag gegen das Jesuitengesetz.

Der Reichstag hat am Mittwoch in allen drei Lesungen den Initiativgesetzentwurf des Zentrums auf Aufhebung des Jesuitengesetzes angenommen. Das ist an sich kein Novum. Derselbe Beschluß ist früher schon viermal gefaßt worden, und nur die gegenwärtige allgemeine politische Spannung konnte es ermöglichen, daß in der Verhandlung des Gegenstandes und in der Beschlußfassung eine besondere Sensation vermutet wurde. Darauf ließ schon — wie man uns aus dem Reichstage schreibt — der ganz ungewöhnlich große Andrang schließen, der vor dem Reichstage und in den Wandelgängen auffallen mußte.

Nur ein Redner aus dem Hause brachte den Jesuitenantrag in Verbindung mit dem Zerwürfnis, das seit einiger Zeit Zentrum und Regierung trennt. Herr Dr. Junck von den Nationalliberalen brachte es auf diese Weise fertig, seine Rede gegen die Aufhebung des Jesuitengesetzes mit dem Wunsch zu schließen, daß die Heeresvorlage „möglichst bald" an den Reichstag gelangen möchte. Im übrigen spielten diese Erwägungen in die Debatte nicht hinein. Der Redner des Zentrums, Herr Dr. Spahn, lehnte sie sogar zu Beginn seiner Bemerkungen ausdrücklich ab, indem er daran erinnerte, daß der Initiativgesetzentwurf bereits vor Jahresfrist eingebracht worden sei, also lange bevor von einem Konflikt zwischen Zentrum und Regierung gesprochen werden konnte.

Das Publikum, das die Tribünen dicht füllte, kam wohl nicht auf seine Rechnung, wenn es nur eine Sensation erwartete. Die Verhandlungen nahmen den Ausgang, der von vornherein sicher war. Dafür boten sie aber in ihrem Verlauf manches interessante Moment, und es war namentlich die Rede unseres pfälzischen Genossen Hoffmann-Kaiserslautern, die große und selbständige Gesichtspunkte brachte und in überlegenen Gedankengängen die entschlossene Feindseligkeit der Sozialdemokratie gegenüber jeder Ausnahmegesetzgebung begründete. Das Zentrum, das offenbar darauf gerechnet hatte, daß der sozialdemokratische Redner ihm zahm und geduldig folgen würde, hatte sich darauf vorbereitet, ihn durch Zustimmung noch möglichst darin zu ermuntern. Aber diese Erwartung wurde arg getäuscht. Denn die Darlegungen des Genossen Hoffmann waren gerade in ihrem Widerspruch gegen jede Ausnahmebehandlung irgendwelcher Gesinnung und irgendwelchen Glaubens eine sachlich überaus scharfe Kritik gerade des Zentrums, das keine Gelegenheit vorübergehen läßt, um seinen eigenen Interessen zu dienen, sozialdemokratische Anschauungen zu ächten und sozialdemokratische Staatsbürger als minderen Rechts zu erklären. Das bewies unser Redner an dem Vorgehen und an einzelnen besonders markanten Erklärungen des bayerischen Machthabers Frhr. v. Hertling, das bewies er auch an dem Verhalten des Zentrums gegenüber dem Sozialistengesetz. Er präzisierte unsere Haltung in klaren Worten: **Wir sind die schärfsten Gegner des Klerikalismus und aller jesuitischen Intoleranz, aber wir kämpfen ohne Ausnahmegesetze, und wir fürchten auch den neuen Gegner, der uns angedroht wird, nicht im mindesten!**

Die einzelnen Parteien begnügten sich — außer den Nationalliberalen — mit kurzen Erklärungen, wobei Graf Kanitz trotz seiner Ablehnung des Gesetzentwurfs das Zentrum freundlichst streichelte. In der zweiten Beratung, die alsbald folgte, polemisierte Genosse Dr. Erdmann namentlich gegen die merkwürdigen Deduktionen des Nationalliberalen Dr. Junck. Ein sehr überflüssiger fortschrittlicher Antrag zu § 2, der besonders feststellen wollte, was ohnehin rechtens ist, wurde abgelehnt, ohne daß Herr Dr. Müller-Meiningen vom Zentrum die bündige Auskunft erhielt, die er naiv genug gewesen war, zu erwarten. Endlich ergab in der 3. Lesung die Gesamtabstimmung die Annahme des Gesetzes. — Die Regierung war dem Reichstag fern geblieben.

Die Parteigruppierung bei der Abstimmung war: Sozialdemokraten, Zentrum, Polen und drei Fortschrittler (Payer, Kerschensteiner, Braband) für Aufhebung des Jesuitengesetzes; alle anderen Parteien und Abgeordneten dagegen.

Seiner Majestät Kammerherr.

Die Zuhälter- und Prügelstrafrede des Januschauers nagelt der Vorwärts noch einmal wie folgt fest:

Herr Graf von Oldenburg ist nicht der erste beste, er ist Kammerherr des Königs von Preußen, ein Freund des Kronprinzen und bei Hofe sehr beliebt. Hat doch erst kürzlich Wilhelm II. bei seiner Anwesenheit im Landwirtschaftsrat einer Hetzrede Oldenburgs gegen die Sozialdemokratie und die innere Kolonisation gelauscht und am Schlusse seinen Beifall zu erkennen gegeben.

Aber nicht nur höfische Gunst genießt dieser Junker. Er ist ein einflußreiches Mitglied der konservativen Partei und ein Führer ihrer stärksten und einflußreichsten Organisation, des Bundes der Landwirte. Dieser Mann hat in seiner Rede bei der Tagung des Bundes der Landwirte Worte auszusprechen gewagt, die sich die deutschen Arbeiter merken werden. Er hat von dem Schmerz gesprochen, den der Fall des Sozialistengesetzes ihm verursacht, und er hat dann nach dem Bericht der Deutschen Tageszeitung gesagt:

„Ich kann es nicht verstehen, daß die bürgerliche Gesellschaft mit ansieht, wie ein gewaltiger Teil unseres deutschen Volkes systematisch aufgehetzt und verdorben wird. Aber wenn Sie heute so etwas äußern, dann gelten Sie ja als rückschrittlich, das ist noch ein milder Ausdruck. Die einzigen, die mir in letzter Zeit imponiert haben, sind die Engländer gewesen; die haben die Courage gehabt, auf demjenigen Wege sich die Zuhälter vom Halse zu schaffen, auf dem es allein möglich ist. (Andauernder lebhafter Beifall.) Wenn Sie das bei uns versuchen sollten, dann bekommen Sie, wie sich ja bei dem Streikpostenstehen herausgestellt hat, eine ganz verschwindende Minorität dazu im Reichstage, die diesem Gedankengange folgt. Das ist ein Produkt der Furcht vor der öffentlichen Meinung und die Furcht ist noch niemals ein richtiger und guter Ratgeber gewesen. (Beifall.) Ich gebe also der Hoffnung Ausdruck, daß das preußische Wahlrecht so gelassen wird wie es ist."

Der Bericht ist etwas gemildert. Aber aus ihm geht doch sehr deutlich das hervor, was auch die Zuhörer verstanden haben. Herr von Oldenburg-Januschau, Kammerherr Seiner Majestät, Freund des Kronprinzen, Führer der einflußreichsten und mächtigsten Partei, vergleicht die deutschen Arbeiter mit Zuhältern und wünscht, daß für ihre politische und gewerkschaftliche Betätigung wie für die Zuhälter in England die Prügelstrafe eingeführt wird!

Die agrarische Versammlung hat diese Provokation der deutschen Arbeiterklasse mit lebhaftem und andauerndem stürmischen Beifall aufgenommen. Die konservative Presse billigt sie durch ihr Schweigen. Die konservative Partei trägt also für die Ausführungen Oldenburgs die volle Verantwortung.

Brecht den Roten „die Giftzähne" aus!

Bringt die positiven Machtmittel des Staates gegen die Sozialdemokratie ins Spiel! Ringt den „gemeingefährlichen Umsturz" durch Taten nieder! So heischen die Junker ohne Unterbrechung. Eben noch hat der Junkerführer Oldenburg aus Januschau auf der Bündlerparade die Prügelstrafe für die Sozialdemokraten gefordert, da kommt sofort auch wieder das amtliche Parteiorgan der Konservativen, die konservative Korrespondenz und herrscht noch einmal den „verdächtigen" Dr. Delbrück an, weil er angeblich die Sozialdemokraten in seiner letzten Reichstagsrede nicht scharf genug angepackt habe. Das Organ bekämpft scharf den von Delbrück vertretenen Standpunkt, daß man, um die Sozialdemokratie einzudämmen, den Schäden unserer wirtschaftlichen Entwicklung zu Leibe gehen müsse. Nicht zu wenig, sondern zuviel Sozialpolitik sei getrieben worden und dennoch sei es nicht ge-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219130221-18/fragment/page=0001

lungen, den Zulauf zur Sozialdemokratie zu hemmen. Die Konservative Korrespondenz sagt, daß es sich zwischen bürgerlicher Gesellschaft und Sozialdemokratie um eine reine Machtfrage handele und fährt fort:

Selbst wenn heute alle sozialen Wünsche des machthungrigen Proletariats erfüllt werden sollten, so würde die Sozialdemokratie noch keinen einzigen ihrer Giftzähne verlieren. Die Behauptungen von den versöhnlichen Neigungen der Umsturzpartei sind der reine Schwindel, darauf berechnet, das Gewissen der verantwortlichen Autoritäten und Politiker einzuschläfern. Die Rechte wird daher nimmer von der Aufklärung des Bürgertums über das revolutionäre Wesen und die allgemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie ablassen. Steht nun die Reichsleitung, wie nach den Andeutungen Herrn Delbrücks angenommen werden muß, grundsätzlich auf einem anderen Boden als die Konservativen, so bedeutet das, daß sie eine Bekämpfung der Sozialdemokratie mittels der positiven Machtmittel des Staats als unzulässig erachtet.

Die Konservativen werden, so wird versichert, unentwegt für die Anwendung der schärfsten Kampfesmittel gegen die Sozialdemokratie eintreten, auch wenn die Zusammensetzung des Reichstags eine Initiative der Regierung aussichtslos erscheinen lasse.

Demnach unentwegtes Junkerprogramm: **Sozialistengesetz, Prügelstrafe, Taten!**

Noch eine Reichstagsersatzwahl.

Bei der Stichwahl im Januar 1912 erhielten im Wahlkreise Luckenwalde-Zauch-Belzig der freikonservative Rittergutsbesitzer v. Oertzen 16 942 Stimmen, der sozialdemokratische Kandidat Ewald-Berlin 16 652 Stimmen. Gegen diese Wahl wurde Protest eingelegt, der sich in der Hauptsache darauf stützte, daß 412 wahlberechtigte Patienten der Heilstätte Beelitz nicht in die Wählerliste aufgenommen worden sind. Diese Wähler hatten durch die Betriebsverwaltung ihre Anmeldung beim Magistrat in Beelitz bewirkt und zugleich die Aufnahme in die Wählerliste beantragt. Der Magistrat verweigerte beides, weil der zeitweilige Aufenthalt in einer Heilanstalt keinen Wohnsitz begründe. Auf eine Beschwerde an den Landrat und an den Regierungspräsidenten erfolgte ein abweisender Bescheid. Und das, trotzdem die Wahlprüfungskommission sowohl in der Session 1893-98 und 1907-11 entschieden hatte, daß die Insassen der Heilstätte in die Wählerliste aufzunehmen sind. Der selbstherrliche Regierungspräsident in Potsdam erklärte einfach, der ihm überreichte Bericht der Wahlprüfungskommission könne von ihm nicht als eine geeignete Unterlage erachtet werden. Die Wahlprüfungskommission erklärte jetzt mit 12 gegen 2 Stimmen, daß die Insassen der Heilstätte Beelitz in die Wählerliste aufgenommen werden müssen. Die Kommission beschloß weiter, dem unterlegenen Kandidaten die 412 Stimmen zuzuzählen; damit hatte der Abg. v. Oertzen die Mehrheit verloren. — Vielleicht wird der Herr Regierungspräsident in Potsdam jetzt doch endlich zu der Ansicht gelangen, daß die Beschlüsse der Wahlprüfungskommission auch für ihn nicht ganz unbeachtlich sein dürfen. Einstimmig beschloß die Kommission, das Mandat des Abg. v. Oertzen für ungültig zu erklären.

Zur Kennzeichnung der Art, wie in einzelnen Orten dieses heißumstrittenen Kreises das Wahlgeschäft vollzogen wurde, nur einige Beispiele aus dem Protest. In Lirthe bei Bruck (Mark) spielte der Wahlvorstand während der Wahlzeit Karten. In Neuendorf diente ein — Eimer als Wahlurne, die konservativen Wahlzettel lagen im „Wahllokett"! In Klein-Klien waren die Stimmzettel gekennzeichnet, bei 18 von 27 fehlte eine Ecke. Der Förster in Grabow hielt im Wahllokal Reden und spendierte Bier und Schnaps. In Buchholz diente eine Kiste als Wahlurne, und weil der Wahlvorstand Karten spielte, bediente ein Wähler sich selbst, d. h. er warf seinen Zettel selbst in die Kiste! All' diese Dinge wurden für erheblich erachtet; eine Beweisaufnahme erübrigte sich aber, da am Resultat der Ungültigkeit selbst nichts geändert worden wäre.

Uebrigens gehört der strittige Kreis auch zu jenen, in denen die Fortschrittler trotz des Stichwahlblockes mit der Sozialdemokratie versagten und in ihrer gewaltigen Mehrzahl für den Junker stimmten. Bei der Hauptwahl hatten erhalten: Sozialdemokrat 13 367, Freikonservativer 11 044, Fortschrittler 9226. Hätten auch nur die Hälfte der Fortschrittler das Wahlblockmen gehalten und in der Stichwahl für den Sozialdemokraten gestimmt, so wäre Genosse Ewald glänzend gewählt worden. Aber man weiß ja, was man von den Worten und von den Taten der Fortschrittler zu halten hat.

Deutsches Reich.

— **Der deutsche Handelstag und die Rüstungen.** Der deutsche Handelstag hielt am Mittwoch in Berlin eine Vollversammlung ab. Alle Reichsämter waren vertreten. Handelsminister Dr. Sydow hielt eine Ansprache, in der er betonte, daß die Entwicklung von Handel und Wandel zur Steigerung des Wohlstandes im Lande beigetragen habe, so daß „Deutschland in der Lage ist, die schwere Rüstung zu tragen, die ihm seine geographische Lage aufnötigt und die es braucht, um die Aufgaben der nationalen Kultur zu erfüllen, um seine politische Selbständigkeit zu wahren und um in der Welt den Einfluß zu üben, der der geistigen Bedeutung des deutschen Volkes entspricht". Präsident Dr. Kaempf antwortete: „Handel und Industrie sind sich stets bewußt gewesen, daß sie Opfer für die Allgemeinheit zu bringen haben, und sie werden, dessen kann die Regierung sicher sein, diese Opfer auch weiterhin bringen." Wenn's ans Zahlen geht, klingt's natürlich anders!

— **Mittelstandsreden** von endloser Länge füllten die Mittwochsitzung des Dreiklassenhauses fast völlig aus. Der konservative Hammer, der Zentrumsmann Grünenberg, der Nationalliberale Schröder-Kassel und der Handelsminister Dr. Sydow überfrachten sich in der Bekundung von Wohlwollen für den Mittelstand. Aber der Minister konnte nicht verschweigen, daß die ganzen mit so viel Aufwand an Worten und seit Jahren geforderten Mittel recht wenig helfen würden. Und was täten die Mittelständler, wenn der § 100q wirklich einmal aufgehoben würde? Womit würden sie dann ihre Tage verbringen?

Zu Beginn der Sitzung wurde der Justizetat erledigt, wobei Genosse Dr. Liebknecht nochmals gründliche sanitäre Verbesserungen in den Gefängnissen forderte und den Regierungsvertreter vom Abend vorher wegen seines merkwürdigen Tons zur Ordnung rief.

— Das ist **„staatserhaltende" Politik.** Der General-Landtag der ostpreußischen Landschaft bewilligte 10 000 Mk. für die ostpreußische Veteranenspende und 50 000 Mk. zur Einrichtung und Propagierung der sogenannten nationalen Volksversicherung, also zur Bekämpfung der von den Gewerkschaften und Konsumvereine gegründeten „Volksfürsorge".

— **Die Landwirtsbündler auf der Suche nach sozialdemokratischer Stichwahlhilfe.** Vor dem Schöffengericht Parchim (Mecklenburg) fand am 18. Februar Verhandlung in einer Beleidigungsklage des liberalen Kaufmanns Rosenberg gegen den konservativen Parteisekretär Schweiger statt. Rosenberg hatte in einer Versammlung behauptet, der bekannte bündlerische Professor Dade habe rote Zettel, mit denen er sich die Stichwahlhilfe der Sozialdemokratie zu erschleichen suchte, drucken lassen und Schweiger habe sie verteilt. Schweiger rief ihm daraufhin zu: Sie sind ein gemeiner Lügner! Der Beleidigte strengte Klage und der Beklagte Widerklage an. In der Verhandlung wurde nun festgestellt, daß der Professor Dade bei der kommissarischen Vernehmung zugegeben habe, die Zettel bestellt und durch Schweiger verteilt zu haben. Aus diesem Grunde wurde die Widerklage Schweigers zurückgewiesen und der Beklagte wegen Beleidigung zu 100 Mk. Geldstrafe verurteilt.

Roesicke hat erst jetzt wieder im Zirkus Busch behauptet: „Wir haben noch niemals einen Pakt mit der Sozialdemokratie geschlossen!" Daß es nicht zum Abschluß eines „Paktes" gekommen, lag jedenfalls nicht an dem guten Willen der Agrarier.

Frankreich.

Die französische Presse und die deutschen Rüstungen. Wenn die deutsche Regierung mit der Ankündigung der gewaltigen Vergrößerung des Mannschaftsbestandes der deutschen Landarmee, den Rüstungspolitikern in Frankreich das Handwerk erleichtern wollte, so muß man sagen, daß es ihr vollauf gelungen ist. Selbst radikale Blätter, die sonst in sehr entschiedener Weise sich gegen Neurüstungen in Frankreich gewehrt haben, betonen jetzt, daß es angesichts der überraschenden Rüstungspläne in Deutschland im Interesse der nationalen Unabhängigkeit Frankreichs unbedingt notwendig sei, ebenfalls alles zu tun, um die französische Armee auf gleichen Fuß mit der deutschen zu bringen. Das führende großkapitalistische Organ, der Temps, hat den Vorschlag gemacht, für alle Waffengattungen die dreijährige Dienstzeit wieder einzuführen; und Blätter, die sich bisher sogar gegen die dreijährige Dienstzeit bei der Kavallerie und Artillerie ausgesprochen hatten, erklären, daß der Vorschlag ernstlich erwogen werden müsse. Für Frankreich breche eine der kritischsten Perioden einer ganzen Geschichte an, so lautet der Grundton aller Betrachtungen. Die Sozialisten Frankreichs werden natürlich alles tun, um diese durch die deutsche Rüstungspolitik provozierte nationalistische Strömung einzudämmen; aber man muß gestehen, daß es ihnen diesmal nicht leicht gemacht wird. Die Chauvinisten rechnen aus, daß die deutsche Armee eine 45 Prozent des französischen Mannschaftsbestandes betragende Vergrößerung erfahren soll, und da wird es ihnen leicht, auch in den Köpfen ruhiger, besonnener und nichts weniger als kriegslustiger Bürger die Empfindung wachzurufen, daß es sich für Frankreich nicht um frivole Rüstungen dreht, sondern um eine Abwehr, die ihm von Deutschland aufgedrängt werde, wenn es seine Stellung im Konzert der Weltmächte nicht aufgeben will.

Darin besteht vorläufig das Hauptergebnis der Reden Wilhelms II., des Reichskanzlers und der über die kommenden Militärvorlagen bekannt gewordenen Einzelheiten: Deutschland steht wieder einmal als Antreiber des internationalen Wettrüstens da.

Das deutsche Proletariat hat mehr als je Grund, diese wahnwitzige Rüstungspolitik aufs schärfste zu bekämpfen.

Rußland.

Russische Schandurteile. Die Petersburger Gerichtskammer hat dieser Tage den Genossen Rechtsanwalt Jermolajew wegen Zugehörigkeit zur Petersburger sozialdemokratischen Initiativgruppe und wegen Beteiligung an der Einberufung der sozialdemokratischen Augustkonferenz **zum Verlust aller Rechte und zur lebenslänglichen Deportation nach Sibirien verurteilt!** In derselben Gerichtssitzung wurde Genosse S. Zederbaum wegen einiger Artikel aus dem Jahre 1906 (!) zu zwei Jahren Festungshaft verurteilt!

Amerika.

Nach Maderos Sturz in Mexiko. Maderos Präsidentschaft war nur von kurzer Dauer. Er, der den alten Gewaltmenschen Diaz die Macht entriß und ihn aus dem Lande trieb, hat nun selbst wieder der Revolution weichen müssen und befindet sich gefangen in den Händen seiner Besieger. Die Bevölkerung von Mexiko soll angeblich von dem Wechsel der Dinge höchst befriedigt sein. — Auf die Kunde von Maderos Gefangennahme ist dessen militärischer Anhang vollständig zum General Huerta übergegangen. Dieser hat sofort die Militärdiktatur eingeführt.

Huerta, der neue provisorische Präsident, erklärte, er betrachte sich nur als Militärgouverneur. Er habe keine persönlichen Ambitionen. Der Gouverneur der Stadt Mexiko und die auswärtigen Truppenführer wurden von dem Wechsel in Kenntnis gesetzt. Die Ausschreibung allgemeiner Wahlen wurde versichert, jedoch scheinen Orozko, Gomez, sowie andere Generale, besonders in den Nordstaaten, gegen Huerta zu sein. Sie wollen den Kampf fortsetzen.

Mexiko, 19. Februar. Sämtliche Mitglieder des Kabinetts sind verhaftet worden. Als die Verhaftung erfolgen sollte, versuchten einige Anhänger Maderos, ihm zu Hilfe zu kommen. Mehrere Schüsse wurden gewechselt, durch die der

---

28] **Die Getreidebörse.** (Nachdr. verboten)

Eine Geschichte aus Chikago von Frank Norris.

Der Hansom rollte durch den hochaufspritzenden Straßenschmutz fort. Corthell und Laura stiegen die zur Haustüre führenden Stufen empor.

„Wollen Sie nicht hereinkommen?" fragte sie. „In der Bibliothek brennt ein Feuer."

Er lehnte dankend ab. Beide verweilten noch einige Augenblicke unter der Gasampel des Vorflures. Corthell zog seinen rechten Handschuh aus und sagte:

„Ich glaube meine Antwort erhalten zu haben. Sie wünschen keinen Wechsel. Ich verstehe. Sie wollen damit sagen, daß Sie mich nicht lieben. Liebten Sie mich ebenso, wie ich Sie liebe, so würden Sie wünschen, daß dieser Wechsel einträte. Sie würden nicht minder wie ich nach diesem wunderbaren, wonnevollen Wechsel verlangen, der einen neuen Himmel, eine neue Erde schafft."

Diesmal fand Laura keine Antwort, und beide schwiegen eine Weile. Dann sagte Corthell:

„Wissen Sie, daß ich von hier wegzugehen denke?"

„Sie wollen fort?"

„Jawohl, nach Neuyork. Möglicherweise nach Paris. Man hat dort eine neue Methode, Glas zu schmelzen, die ich schon lange kennen lernen wollte. Ich weiß nicht, ob mich das sehr interessieren wird — gerade jetzt. Aber ich glaube, es ist besser, wenn ich weggehe. Sogleich, noch diese Woche. Besondere Lust habe ich nicht dazu, aber — unter den Umständen — scheint es das beste zu sein." Er hielt ihr die Hand hin. Laura sah, daß er lächelte.

„Also, leben Sie wohl, Fräulein Dearborn."

„Aber warum wollen Sie fort?" rief sie aufrichtig bekümmert. „Wie können Sie — ah, gehen Sie nicht! Es würde ja dann nichts aus unserm Stücke," sprach sie in ihrer Bestürzung hastig weiter. „Meine Rolle wäre ruiniert, wenn Sie gehen. Sie sind ja mein Gegenspieler, Sie wissen doch! Bitte, bleiben Sie!"

„Soll ich wirklich bleiben?" fragte er. „Soll ich bleiben Ihrer Rolle wegen? Ist denn sonst niemand da, den Sie mir vorziehen würden?"

Lächelnd blickte er ihr voll in die Augen, und sie wußte, was er meinte.

Ihre Blicke begegneten den seinen, und sie erwiderte Corthells Lächeln. Noch nie war Laura so verwegen einem raschen Antriebe gefolgt, als sie ihm antwortete:

„Ich ziehe Ihnen niemand vor."

Mit raschem Griff erfaßte er ihre Hand.

„Laura," rief er, „lassen wir dieses Wortgeplänkel ein für allemal! Teures, geliebtes Mädchen, ich liebe Sie mit der Kraft alles Guten, das in mir ist. Lassen Sie mich Ihnen das Beste weihen, das ein Mann dem geliebten Mädchen darbringen kann."

Wie ein Blitz traf ihn ihr Lächeln.

„Wenn Sie mir eine ebenso tiefe Liebe zu Ihnen einflößen können," erwiderte sie.

„Und Sie glauben, daß ich das kann?" rief er.

„Sie haben meine Erlaubnis, es zu versuchen."

Laura hoffte inbrünstig, daß er sie jetzt ohne weitere Worte verlassen würde. Corthell, der doch schon so viel gewonnen hatte, mußte jetzt — so schien es ihr — das vollendetste rüttelnde Benehmen dadurch zeigen, daß er seinen Erfolg nicht weiter ausnützte. Voller Bangigkeit wartete sie darauf, was er auf ihre letzten Worte noch zu sagen haben würde, und schon begann Laura zu fürchten, daß sie im Vertrauen auf sein Feingefühl zu weit gegangen war.

Wieder hielt Corthell ihr die Hand hin.

„Wir sagen also Gute Nacht nicht Lebewohl?"

„Wir sagen Gute Nacht." erwiderte Laura.

Er drückte ihre Hand und ging. Laura trat ins Haus; mit einem tiefen Atemzuge der Genugtuung schloß sie die Tür hinter sich.

Page und Landry waren noch in der Bibliothek; Laura gesellte sich zu ihnen, und die drei standen noch eine Weile vor dem Kaminfeuer und sprachen über das heute geprobte Stück. Bei der ersten passenden Gelegenheit entschuldigte sich Page, da sie zu Bett gehen wollte.

Sie schien ihre Absicht, Landry und Laura allein zu lassen, nicht zu verhehlen und tat so, als ob sie es ganz begreiflich fände, wenn die beiden sie loszuwerden wünschten.

„Vergiß ja nicht, das Gas im Vorzimmer auszudrehen," schärfte sie Laura ein. „Annie ist schon längst zu Bett gegangen."

„Ich muß auch machen, daß ich fortkomme," erklärte Landry, als Page gegangen war.

Er knöpfte sich in seinen Ueberrock ein, dessen Kragen er hochgeschlagen hatte; Laura begleitete ihn in das Vorzimmer und gab ihm dort einen Regenschirm.

„Sie waren heute abend wieder wunderschön," sagte Landry, als er schon die Hand auf dem Türgriffe hatte. „Wunderschön! Ich konnte die Augen nicht von Ihnen wenden und mochte niemand anderm als Ihnen gehören. Und jetzt," erklärte er feierlich, „werde ich die ganze Nacht Ihre Augen sehen und Ihre Stimme hören. Ich muß," fuhr er fort, „das noch erklären wegen der Hansoms — weshalb ich mit Fräulein Page und Frau Wessels hierher gefahren bin. Herr Corthell — es waren natürlich seine Hansoms. Aber ich wollte einen Schirm haben, und ich hab' dem Kutscher fünfundsiebzig Cent gegeben."

„I natürlich, natürlich", sagte Laura, die nicht recht wußte, wo er hinauswollte.

„Sie sollen nicht von mir denken, daß ich irgend jemand verpflichtet sein möchte."

„Natürlich, Landry; ich verstehe."

Er war sofort Feuer und Flamme.

„Ah", rief er, „Sie wissen nicht, was es für mich bedeutet, wenn ich in die Augen eines weiblichen Wesens blicke, das mich wirklich versteht."

Die verwunderte Laura hatte keine Ahnung, was Landry damit meinte.

„Wollen Sie das Gas für mich ausdrehen, Landry?" fragte sie. „Ich kann nicht so hoch reichen."

Er ließ die Haustür offen und drehte die in einer mattroten Glocke brennende Gasflamme aus. Sofort war es stockdunkel.

„Gute Nacht", sagte sie. „Ist's nicht finster?"

Er streckte seine Hand aus, um die ihre zu ergreifen; Landrys suchende Finger berührten dabei ihre Taille. Plötzlich fühlte Laura, wie sein Arm sie umschlang. Noch ehe sie auch nur an Widerstand denken konnte, hatte er sie mit beiden Armen an sich gezogen und mitten auf die Wange geküßt.

Dann wurde die Haustür von außen geschlossen, und Laura war plötzlich allein; atemlos und in halber Betäubung starrte sie mit weit aufgerissenen Augen in das Dunkel.

Ihre erste Empfindung war die bloßen Staunens. Unwillkürlich fuhr sie mit der Rechten nach ihrer Wange und bedeckte sie in raschem Wechsel bald mit der inneren Fläche, bald mit dem Rücken der Hand.

Dann wandte sie sich blitzschnell um und floh, von ihrem raschelnden Seidenkleide umflattert, die Treppe empor und in ihr Zimmer, dessen Tür sie hinter sich ins Schloß warf. Sie stellte das klein brennende Gas groß und blickte, ohne zu wissen warum, sofort in den Spiegel; aufmerksam betrachtete sie ihr Spiegelbild und die Hand, die noch immer die Wange rieb, als ob sie einen Fleck abscheuern müßte.

Dann aber wallte plötzlich der Zorn in ihr auf. Sie, Laura, Fräulein Laura Dearborn, die keinen Mann lieben mochte, die nie nachgab, die vor niemand die Waffen streckte, sie, deren „große Manier" sprichwörtlich war, sie, die Stolze und Unnahbare, war in ihrem eigenen Hause, in ihrer sicheren Festung überfallen und geküßt worden, in einer dunklen Ecke, wie ein Schulmädchen, wie eine Zofe. Und — du gerechter Himmel! — von Landry Court, von diesem jungen Faut, den sie in solcher Unterwürfigkeit, in solcher Ehrfurcht vor ihrer Person zu halten geglaubt hatte! Landry Court hatte es gewagt, sie zu küssen — er hatte sich unterstanden, ihr diesen kleinlich-nichtswürdigen, platten, erbärmlichen Schimpf anzutun, der sie auf die Stufe einer hübschen Kellnerin herabdrückte und sie lächerlich machte.

Hochaufgerichtet und regungslos stand sie mitten in ihrem Schlafzimmer; sie hatte die herabhängenden Hände zu Fäusten geballt, ihr Atem flog, die Augen funkelten, und ihr Antlitz glühte. Und immer wieder stieß sie die vor Zorn halberstickten Worte hervor:

„Was denkt er wohl, wer ich bin? Wie konnte er es wagen? Wie konnte er es wagen?"

Was sie auch sagen, das schärfste Verdammungsurteil, das sie auch aussprechen konnte — es diente nur dazu, das Lächerliche, das Erniedrigende ihrer Lage zu vermehren. Alles das hatten schon ganze Generationen von Laden-, Schul- und Dienstmädchen gesagt, auf deren Stufe diese Beleidigung sie herabgedrückt hatte. Landry mußte in aller Kürze zu wissen bekommen, daß er sich nicht unterstehen solle, den Verkehr mit ihr wieder anzubahnen. Das war ganz so, wie wenn das erboste Mädel der Straßenecken und Sonntags-Picknicks zeterte, daß der Missetäter „sich zeitlebens nicht wieder erfrechen sollte, mit ihr zu sprechen". Noch nie hatte Laura eine derartige Schmach erdulden müssen. Und während ihr das immer mehr zur peinvollen Gewißheit wurde, glaubte sie die Schlumpe der öffentlichen Tanzbelustigungen zu hören, die mit schriller Stimme sich hoch und teuer vermaß, „daß sie bisher in ihrem ganzen Leben noch nicht geküßt worden wäre".

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219130221-18/fragment/page=0002

größte Teil des militärischen Gefolges Maderos verwundet worden sein soll. — Gustavo Madero, ein Bruder des ehemaligen Präsidenten, ist standrechtlich erschossen worden.

Washington, 20. Februar. Präsident Taft hat ein Telegramm des provisorischen Generalgouverneurs von Mexiko erhalten, der ihm meldet, die Regierung Maderos sei überwunden, und „Friede und Wohlfahrt" würden von nun an in Mexiko herrschen. (Das heißt, was man in Mexiko darunter versteht und — bis zur nächsten Revolution. Red.) — Die Regierung der Vereinigten Staaten wird die neue mexikanische Regierung nicht eher formell anerkennen, als bis diese tatsächlich bewiesen hat, daß sie fähig ist, aus dem augenblicklichen Chaos den Frieden herzustellen. Kriegsschiffe und Marinetruppen werden nach wie vor in Guantanamo zusammengezogen.

Japan.

Das neue Ministerium ist nun endlich mit Hängen und Würgen zustande gekommen. Es setzt sich zusammen aus: Premierminister Admiral Yamamoto, Auswärtiges Baron Nobuki Makino, Krieg Generalleutnant Kikoshi, Marine Vizeadmiral Baron Saito, Finanzen Baron Korekiyo Takahashi, Handel Tatsuo Yamamoto, Justiz Masashisa Matsuda, Inneres Vicomte Kei Hara, Unterricht Sajima Motoda, Verkehr Okuda. — Admiral Yamamoto hat mit der Seiyukwaipartei eine Verständigung erzielt, auf Grund deren alle Minister mit Ausnahme des Ministerpräsidenten, des Ministers des Auswärtigen, des Kriegs- und des Marineministers der Seiyukwai angehören oder sich dieser Partei anschließen müssen.

Aus der Partei.

Gegen Disziplinlosigkeit und höfische Akte!

Wichtige Kundgebungen der Stuttgarter Genossen.

Die letzte starkbesuchte Stuttgarter Parteiversammlung beanspruncht Allgemeininteresse. Unser Stuttgarter Parteiblatt berichtet darüber u. a.:

„Der Vorsitzende machte der Versammlung die Mitteilung, daß sich Genosse Dr. Lindemann von der Kundgebung unserer Rathausvertreter gegen die bürgerlichen Parteien anläßlich der Bürgerausschußobmannswahl demonstrativ ferngehalten hat. Genosse Dr. Lindemann sei zur heutigen Versammlung unter Mitteilung dieser Angelegenheit schriftlich eingeladen worden; er habe jedoch geantwortet, ein Halsleiden verhindere ihn am Sprechen. Nach kurzer Diskussion faßte die Versammlung gegen drei Stimmen folgende Entschließung:

Die Versammlung bedauert aufs tiefste, daß sich Genosse Dr. Lindemann von der Demonstration der sozialdemokratischen Rathausfraktion gegen die liberale Gewaltpolitik bei der Wahl des Präsidiums des Bürgerausschusses als einziger Sozialdemokrat demonstrativ ferngehalten hat. Sie verurteilt das um so schärfer, als in dieser Angelegenheit volle Einmütigkeit zwischen den Parteigenossen Stuttgarts und allen anderen sozialdemokratischen Rathausvertretern bestand.

Alsdann gelangte das eigentliche Thema des Abends zur Erörterung (Teilnahme der Fraktionsmehrheit an der höfischen Eröffnungszeremonie). Genosse Westmeyer teilte mit, daß er acht Abgeordnete der Mehrheit der Landtagsfraktion ersucht habe, das erste Referat für die Versammlung zu übernehmen und dabei die Gründe der Mehrheit der Fraktion für die Teilnahme an der Landtagseröffnung den Parteigenossen vorzutragen. Sieben der Abgeordneten haben aus den verschiedenartigsten Gründen abgelehnt, mit dem achten war kein Anschluß zu bekommen. Es stehe also nur das Referat des Redakteurs Genossen Crispien auf der Tagesordnung der heutigen Versammlung. Das Referat wurde von der Versammlung mit stürmischem Beifall aufgenommen. Da sich niemand zur Diskussion meldet, stimmt die Versammlung über folgende Resolution ab:

Die Versammlung spricht aus: „Die Teilnahme der Mehrheit der sozialdemokratischen Landtagsfraktion an der höfischen Zeremonie der Landtagseröffnung war weder durch staatsrechtliche Gründe noch durch das Interesse der Partei geboten. Die Versammlung spricht daher ihre Mißbilligung über diesen parteischädigenden Akt der Fraktionsmehrheit aus. Sie fordert, daß endlich auch die Mehrheit der Fraktion die programmatische Stellung der Sozialdemokratie zur Monarchie, die Parteitagsbeschlüsse wie den Willen der übergroßen Parteimehrheit unzweideutig anerkennt und es in Zukunft unterläßt, die Differenzen in der württembergischen wie in der deutschen Sozialdemokratie grundlos zu verschärfen. Der Tagwachtredaktion spricht die Versammlung für die in dieser Angelegenheit eingenommene Haltung vollste Zustimmung aus."

Die Resolution wurde unter starkem Beifall gegen drei Stimmen angenommen. Mit einem dreifachen Hoch auf die internationale, revolutionäre Sozialdemokratie fand die eindrucksvoll verlaufene Versammlung ihr Ende.

Kommunalwahlen.

Bei den Grundeigentümer-Wahlen zur Hamburger Bürgerschaft am Dienstag wurde noch Genosse Blume gewählt. Die Sozialdemokratie hat damit trotz des schandbaren Wahlrechts ihren alten Besitzstand behauptet.

Bei der Gemeinderatswahl in Gera wurden neun Sozialdemokraten und vier Gegner gewählt. Die sozialdemokratische Mehrheit im Gemeinderat wurde wieder errungen.

Aus der Reichstagsfraktion.

Die sozialdemokratische Fraktion bestimmte zum Berichterstatter über die parlamentarische Tätigkeit an den Parteitag in Jena den Genossen Heinrich Schulz.

Literarisches.

Die Schöppenstedter. Mehr als je ist es nötig, die Parteiorganisationen zu stärken. Diesem Zwecke dient das kleine, im Verlag W. Pfannkuch u. Co. in Magdeburg erschienene Schriftchen: Die Schöppenstedter, das vornehmlich zur Vorbereitung der wichtigen Hausagitation dienen soll. Parteiorganisationen wollen Probeexemplare und Preisliste verlangen.

Verantwortlich für Leitartikel, Politische Uebersicht, Parteinachrichten Paul Hennig, Ausland, Gewerkschaftliches, Feuilleton und Vermischtes Karl Bock, Lokales Wilhelm Koenen, Provinzielles Gottl. Kasparek. — Verleger und für die Anzeigen verantwortlich A. Jähnig. Sämtlich in Halle. — Druck der Halleschen Genossenschafts-Buchdruckerei (E. G. m. b. H.).

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten.

Der Kinder bester Schutz gegen Krankheit ist außer Sauberkeit und Abhärtung eine einfache, regelmäßige Ernährung. Zu letzterer wählt eine kluge Mutter das Nestlesche Kindermehl, eine naturgemäße, leichtverdauliche und gern genommene Nahrung, welche die Kleinen vor Darm- und Magenkatarrhen schützt und das Entwöhnen der Säuglinge bedeutend erleichtert. Probe gratis durch Nestlé-Gesellschaft, Berlin W. 57. *2282

NUSSBAUMs Wochen-Angebote.

Freitag ✱ Sonnabend.

Soweit Vorrat!

6338

Konfektion

Tennis-Blusen in neuest. Garnierung.	1.85
Wollene Blusen Popeline	2.95
Tüll-Blusen mit u. ohne Schoss	4.25
Seiden-Blusen und Hemden	4.95
Unterröcke, Halbtuch, farb. Volant	2.25
Kostüm-Rock mit Knopfgarnitur	3.75

Kurzwaren

Strumpfhalter aus Trägergurt Paar	48
Druckknöpfe garant. rostfrei Dutzend	12
Blusenhalter „Adastra" Stück	50
Blusenhalter „Lodora" Stück	38
Mohair-Schutz-Borde 10 Meter	45
Taillen-Verschlüsse Stück 13, 6 Stück	75
Armblätter, Trikot Paar	12
Armblätter, Batist Paar	25
Stahl-Stecknadeln 50 Gramm-Dose	22
Samtstoss Meter 40	32
Spezial-Wolle, schwarz, „Nussbaum", nur soweit Vorrat 1/5 Pfd 75, Pfund	2.25

Lebensmittel

Mettwurst	1.05	Schinkenspeck Pfd.	1.15
Knackwurst Pfd.	90	Fetter Speck Pfd.	85
Thür. Rotwurst Pfd.	55	Magerer Speck Pfd.	92
Landleberwurst Pfd.	65	Landschinken Pfd.	1.30
Delik. Sülze 1/4 Pfd.	18	Ziegenkäse 1/2 Pfd.	25
Cassler Pfd.	98	Delikatess-Würstchen 6 Stück	35
Zucker gem. 5 Pfd.	95	Sultaninen Pfd.	85
Mehl 4 Pfd.	62	Linsen Pfd. 18	16
Mandelersatz Pfd.	55	Bohnen Pfd.	16
Korinthen Pfd.	40	Maccaroni Pfd	30
Rosinen Pfd.	45	Julienne 1/4 Pfd	20
Bouillon-Würfel 10 Stück	15	Zwiebeln 10 Pfd.	25
Pflaumen 2 Pfd.-Dose	44	Kakao Pfd.	65
Bohnen 2 Pfd.-Dose	30	Schokolade Pfd.	65
Kirschen 2 Pfd.-Dose	58	Schok.-Suppenmehl	48
Hering i. Gelee Dose	32	Russ. Brot 1/4 Pfd.	28
Apfelsinen 10 Stück	20	Kokosflocken 1/4 Pfd.	10

Schuhwaren

Damen-Stiefel mit Lackkappen	5.75
Damen-Halbschuhe m. Lackkappe	5.90
Damen-Lackschuhe zum Schnüren	6.90
Herren-Stiefel genäht u. genag.	5.75
Schaft-Stiefel, stark verarbeitet	9.50
Werktags-Schuhe z. Strapazieren	6.50
Konfirmanden-Stiefel	4.75
Kinder-Stiefel Gr. 18-26	2.95 2.45
Kinder-Stiefel Grösse 27-35	2.95
Kinder-Stiefel in Filz	1.65, 95
Baby-Schuhe aus Leder u. Stoff	95, 75
Kamelh.-Schuh. imit. f. Dam. u. Kinder	1.25

Leib-Wäsche

Männer-Hemden, bunt, Barchent	98
Frauen-Hemden, bunt, Barchent	98
Frauen-Beinkleider, bunt, Barchent	98
Frauen-Röcke, bunt, Barchent	98
Nachtjacken, bunt, Barchent	98
Kinder-Röcke, bunt, m. Leibchen	68

Wollwaren

Herren-Normal-Hemden	1.40 95
Herren-Normal-Hosen	1.55 88
Herren-Hosen, imit. und gestrickt	1.25 95
Dam.-Hosen, extra warm gefüttert	1.45
Untertaillen	1.35 1.20 98
Untertaillen weiss gestrickt	1.55
Umschlagtücher	1.75 1.35 95
Trikot-Kopf-Schals	1.25 95 75
Wollene Kopftücher	1.15 98 60
Herren-Jagd-Westen	2.25 1.85
Herren-Strick-Jacken	1.75 95
Sport-Lätze	95 50

Handschuhe

Damen-Trikot, mit 2 Knöpfen	24
Dam.-Trikot. m. zwei Druckknöpfen	58 45
Damen-Handschuhe reine Wolle	68 48
Damen-Handschuhe imit. Wildl., 45 cm	75
Damen-Handschuhe dänisch Leder,	1.95
Herren-Handschuhe dänisch Leder,	2.95

Strümpfe

Damen-Strümpfe gestrickt	60 48
Damen-Strümpfe reine Wolle, gestrickt	98
Damen-Strümpfe Wolle, geringelt	85
Damen-Strümpfe Wolle, einfarbig	1.25
Herren-Socken Wolle, grau, gestr.	52
Herren-Socken Wolle, gering.	95 68

Herren-Artikel

Herren-Kragen alle Weiten	45 25
Herr.-Manschetten vorz. Qualität	55 35
Regattes u. Diplomats	65 38 25
Farbig. Selbstbinder, apart. Dess.,	1.25 95 75
Herr.-Westen, mod. Fassons	3.75 3.25 2.50
Farb. Oberhemden	3.95 2.75 2.25
Knaben-Ballon-Mützen	24
Knaben-Prinz Heinrich-Mützen	32
Knaben-Jachtklub-Mützen	78
Knaben-Sport-Mützen	48
Herren-Helgoländer Mützen	38
Herren-Ballon-Mützen	28

Schürzen

Mädchen-Schürzen aus doppelst. Stoff	48
Knaben-Spiel-Schürzen	48 38
Türk. Tee-Schürzen	115 85
Stickerei-Schürzen	98 68
Blaudruck-Schürzen	98 78
Blusen-Schürzen	1.35 1.10

Lederwaren

Rucksäcke	95 45
Handtaschen, Leder	95 58
Frühstücks-Taschen	95 65 45
Verlängerungs-Taschen	1.50 95
Marktaschen	75 48
Portemonnaies, Leder	48 9

Gürtel

Wachstuchgürtel mit Goldschloss	38
Lack-Gürtel mit Nickelschloss	55
Lack-Gürtel m. mod. Goldschloss	78
Lack-Gürtel mit Perlmuttschloss	95
Sämisch-Leder-Gürtel	1.25
Samt-Gummi-Gürtel	1.25 95 50

Linoleum

Linoleum-Vorlagen	95 68 45
Linoleum-Läufer Meter	1.25 95 78 48
200 cm breit, f. Zimmerbelag, □m	1.45 10
Linoleum-Teppiche mit Kante	9.50 5.75
Bade-Vorlagen	95 68 38
Steppdecken	7.50 4.50 2.45

Wachstuche

Wachstuch vom Stück Meter	1.45 88
Wachstuch, abgepasst m. Kant.	1.45 95
Wandschoner, 60×90	75 48 28
Tischläufer Wachstuch Meter	78
Leitungsschoner	30 20 9
Wachstuch-Spitze Meter	8 5

Galanterie

Taschenlampen komplett	95 65
Batterien	50 40 28
Armreifen	68 45
Taschenmesser	48 18 10
Bilderrahmen	98 9
Thermometer	48 38 25

Ein Posten **Damen-Stiefel u. Halbschuhe 4.75** nur eleg., moderne Fassons

Bedeutend im Preise ermässigt. **Wohlfeile Kleiderstoff-Reste,** passend für Blusen, Röcke, Konfirmations- u. Kinderkleider. Auf Extra-Tischen ausgelegt.

Ein Posten **Konfirmanden Stiefel 4.75** für Knaben u. Mädchen

3 Serien Korsetts!

Frack-Korsetts mit Spiralstäben und Spiralschliessen, aus gestreiften Stoffen 1.45

Directoire- und Gesundheits-Korsetts 1.95

Directoire-Korsetts aus gutem einfarbig. u. gestreift. Drell, auch mit Halter 2.25

4 Serien Stickerei-Stoffe und Stickerei-Volants!

Geeignet für Blusen, Kinderkleider und ganze Roben. Serie 1 nur noch Stoffe.

Serie 1 95 Pf. | Serie 2 1.50 | Serie 3 1.95 | Serie 4 2.25

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191302 21-18/fragment/page=0003

Walhalla-Theater

Täglich abends 8 Uhr:

:: :: **Autoliebchen** :: ::

Große Posse in 3 Akten v. Kren u. Schönfeld.

6337 **Musik von Jean Gilbert.**

Gesangsschlager: Autoliebchenwalzer. — Two-step. — Versuchs doch mal! — Fräulein, können Sie linksrum tanzen? — Das haben die Mädchen so gerne. — Im Lustgarten ist Frei-Konzert. — Die Fellsel sind's was dabei.

Ueberall ausverkaufte Häuser! Uebera'l Bombenerfolg!

Edison-Theater. Das beste Programm, was bis jetzt in meinem Theater gezeigt wurde, ist nur noch 2 Tage.

Ewige Zeugen. 6360

Metallarbeiterverband

Verwaltung Halle a. S.

Am Sonnabend den 22. Februar cr. abends 8¼ Uhr in den Glauchaer Ballsälen:

Branchen-Versammlung

der Maschinen- u. Hilfsarbeiter (Hobler, Bohrer, Fräser, Stoßer usw.)

Tagesordnung:

Vortrag. Bericht und Neuwahl des Branchenleiters. Die Statistik über die Lohn- u. Arbeitsverhältnisse der Maschinen- u. Hilfsarbeiter.

Die Kollegen müssen Mann für Mann anwesend sein.

Am Sonntag den 23. Februar cr. vormittags 11 Uhr findet im Gasthaus zur Sonne in Nietleben eine

Mitglieder-Versammlung

für die Ortschaften Nietleben, Passendorf, Dölau u. Umg. statt.

Tagesordnung:

Vortrag über „Die Unternehmerorganisationen". Bericht u. Neuwahl des Bezirksvertreters. Sonstige Verbandsangelegenheiten.

Die Anwesenheit sämtlicher Kollegen der betreff. Orte ist Pflicht.

Am Sonntag den 23. Februar cr. nachmittags 3 Uhr im Gasthof zu Wörmlitz:

Mitglieder-Versammlung

Tagesordnung:

Vortrag über „Das Problem der staatlich. Arbeitslosenversicherung". Verbandsangelegenheiten.

Die Verbandskollegen von Wörmlitz, Böllberg und Umgeg. werden um recht zahlreiches Erscheinen ersucht.

Am Sonnabend den 1. März cr. von abends 8 Uhr ab im Volkspark:

Branchen-Vergnügen

der Former, Kernmacher und Gießereiarbeiter.

Eintrittskarten bei sämtlichen Vertrauensleuten. Ohne Verbandsbuch oder Eintrittskarte kein Zutritt.

6334 Die Verbandsleitung.

Achtung! Achtung!

Transportarbeiter.

Am Sonnabend den 22. Februar abends ½9 Uhr:

Bezirks-Versammlungen

im

für **Ammendorf u. Umg.** „Bahnhofsrestaurant,"

für **Passendorf u. Umg.** im „Deutschen Hof,"

für **Nietleben u. Umg.** in der „Sonne,"

für **Böllberg-Wörmlitz** im „Gasthof Wörmlitz,"

für **Lettin-Dölau** in der „Erholung".

Tagesordnung:

Zweck u. Nutzen des Verbandes.

Alle Mitglieder und sonstige Berufsangehörige nebst Frauen ladet ein Die Verbandsleitung.

NB. Die Versammlung für ☞ Diemitz und Umg. findet Sonntag d. 23. Februar nachmittags 3½ Uhr im „Weissen Rösel" statt. 6325

Geiststr. 22 **Max Berndorff** Hallmarkt (Salzgrundhaus)

empfiehlt zur **Konfirmation:** 6329

Kleiderstoffe, Korsetts, Röcke, Strümpfe, Tücher, Oberhemden, Hosenträg., Hemd., Schlipse, Serviteurs, **Kragen,** 4fach Leinen, alle Nummern, alle Fassons, 3 Stück **75** — 3 Stück **90** — 3 Stück **100** Pf.

Vor **Ostern** (zur Konfirmation)

kaufen **1000**e meine

abwaschbare **Dauerwäsche**

Marke „Z". 3641

C. Klappenbach, Gr. Ulrichstr. 41, Ecke Kaulenberg.

Sozialdemokratischer Verein, Halle

9. Distrikt. 9. Distrikt.

Sonnabend, den 22. Februar 1913, im „Letzten Dreier", Merseburgerstr. 32:

:: Winter-Vergnügen ::

verbunden mit: 6336

Kappenfest und sonstigen Unterhaltungen.

Anfang 8 Uhr. Ende ?

Die Mitglieder sowie deren Familien-Angehörige werden ersucht, sich recht zahlreich daran zu beteiligen. Die Mitglieder anderer Distrikte sind gleichfalls hiermit eingeladen. Das Festkomitee.

Sonnabend den 22. Februar 1913 im großen Saal des „Volkspark"

Winter-Vergnügen

bestehend in **BALL**

ausgeführt von zwei Musikkapellen, und humoristischen Vorträgen.

Anfang 7 Uhr. Mützen gratis! Ende —?

Eintrittskarten sind zum Preise von 15 Pfg. bei allen Hilfskassierern und im Büro, Harz 42/43, II, von 11—1 und von 5—7 Uhr zu haben. 6316

Gesellschaft Harmonie.

— Gegründet 1854. —

Unser diesjähriger **Masken-Ball** findet am Sonnabend, 22. Februar, in den „Germania-Sälen" (Sporthotel) statt. Gäste willkommen. Karten sind bei den Mitgliedern zu haben. 6323

Die neuesten Ueberraschungen. Der Vorstand.

CIRCUS CHARLES CIRCUS CHARLES

CIRCUS CHARLES

Keine Nachahmung, keine Kopie,

sondern Europas grösste, beste, schönste, glänzendste und mannigfaltigste **ORIGINAL-Riesen-Wanderschau**

kommt nach

HALLE,

an der Delitzscherstrasse

(8 Minuten vom Hauptbahnhof).

Circus Charles ist der moderne

Original-Reform-Circus, der internationale
Original-Welt-Circus, er bringt die besten
Original-Araber, Chinesen, Marokkaner, Indier, die einzigen
Original-exotischen Tiergruppen, die wahre
Original-neu-europäische Artistik.

Circus Charles ist in sich **selbst** das ☞ **Original.** ☜

Sein Kommen ist eine Verheissung

an alle warm schlagenden Menschenherzen, seine Ankunft ein

Jubeltag

für jung und alt, der Einzug dieser Riesen-Wanderschau ein

Märchen,

welches sich vor unseren leibhaftigen Augen abspielt, die Vorstellungen gleichen den

Wundern

einer neuen Welt und versetzen uns in ein traumdurchwobenes

Paradies.

Die Parole: Auf zum

Circus Charles

Eröffnung: 27. Februar 1913, abends 8 Uhr.

*2285

CIRCUS CHARLES CIRCUS CHARLES

Stadt-Theater

in Halle.

Direktion: Geb. Hofrat E. Richards.

Freitag den 21. Februar 1913:

163. Abonnem.-Vorst. 3. Viertel.

Neuheit! Neuheit!

Zum 15. Male:

Der liebe Augustin.

Operette in 3 Akten von Leo Fall. Nach dem 1. und 2. Akt längere Pausen.

Kassenöffn. 7 Uhr. Anf. 7½ Uhr. 6318 Ende 10¼ Uhr.

Sonnabend den 22. Febr. 1913:

164. Abonnem.-Vorst. 4. Viertel.

Schülerkarten Mk. 1.20 (einschl. städt. Billettsteuer u. Garderobegeld) an der Tages- u. Abendkasse.

Wilhelm Tell.

Schauspiel in fünf Akten von Friedrich Schiller.

Ring-Aepfel

jährig, Pfund 25 Pfennig, empfiehlt: 6332

F. H. Weber,

Gr. Steinstr. 46, neb. Walhalla.

Apollo-Theater.

Die tollste aller Burlesken:

Mein Baby

mit **Ida Frey** v. „Trianontheater," Berlin, in der Hauptrolle.

Beispielloser Lacherfolg!

Dazu d. erstkl. Spezialit.-Teil. Anfang 8 Uhr. Ende 11 Uhr. 6345 Gewöhnl. Preise.

Vorverk. z. ermäß. Preis. gültig.

Ellenburg.

*2287

Verband der Zimmerer.

Sonnabend d. 22. Februar:

Mützen-Abend

im Huldental.

Freundlichst ladet ein

*2288 Das Komitee.

Merseburg-Querfurt.

Sozialdemokratischer Verein,

Distrikt Beuchlitz.

Sonntag den 23. Februar 1913 ☞ abends 7 Uhr

*2290 in Raffmannsdorf:

Grosser Familien-Abend

mit **humoristischer Unterhaltung**

ausgeführt von dem beliebten Komiker Karl Müller, Halle.

Die Genossen und Genossinnen werden ersucht, recht zahlreich an diesem genußreichen Abend teilzunehmen. Die Distrikts-Leitung.

Zentral-Verband der Zimmerer

Zahlstelle Halle S.

Sonnabend den 22. Febr. abends 8 Uhr bei Streicher

ausserord. General-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Bericht von der Generalversammlung.
2. Unsere Beitragsleistung.
3. Verbandsangelegenheiten.

Kollegen! Die wichtige Tagesordnung erfordert wohl, daß ein jeder pünktlich in der Versammlung erscheint. Wo noch kein Mitgliedsbelegierter gewählt ist, muß dies sofort geschehen. Sonnabend überall Bücherkontrolle. 6335 Der Vorstand.

Konsum-Verein Dieskau u. Umg. Sitz Zwintschöna,

e. G. m. b. H.

Sonnabend den 22. Februar abends 8 Uhr im Gasthof des Herrn Wenkel zu Kanena

Außerordentliche General-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Antrag der Verwaltung: Eröffnung einer Verkaufsstelle in den Ortschaften Kleinkugel, Raundorf u. s. w. 2. Anträge der Mitglieder. Selbige müssen bis Dienstag, 18. Febr., schriftlich an den Vorstand eingereicht sein. 3. Geschäftliches.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht

Der Vorstand: *2242

Franz Sattler. Wilh. Hauschild. Albert Pfeifer.

„Nordsee"

Gr. Ulrichstr. 58.

Niederlage: Grosse Brunnenstrasse 65.

Aus Freitag früh eintreffendem Waggon:

Grüne Heringe	Pfund	14 Pf.	Seelachs	ohne Kopf Pfund	25 Pf.
Kabeljau	ohne Kopf Pfund	28 Pf.	Schellfisch	ohne Kopf Pfund	48 Pf.
Karbonaden	bratfert. Pfund	35 Pf.	Angelschellfisch	fein. Pfd.	55 Pf.
Rotzungen	mittel Pfund	75 Pf.	Austernf.-Kotelett.	℔	60 Pf.
Seezungen	klein Pfund	95 Pf.	Bratschollen	Pfund	38 Pf.
Flun's'achs	i. Ausschn. Pfund	120 Pf.	Bratschellfisch	Pfund	28 Pf.

Aus der Räucherei:

Ia. Makrelenbücklinge	2 Stück 25 Pf.	Ia. Fleckheringe	Stck. 15 Pf.
Ia. ger. Seelachs	½ ℔ 25 Pf.	ff. Forellenstör	o. Grt. ¼ ℔ 30 Pf.

Kieler Bücklinge, Sprotten und Flundern.

Ia. Salzheringe	Stück	6 Pf. 8 Pf.	9 Pf.
„	Dutzend	70 Pf. 90 Pf.	100 Pf.

Riesen-Fettheringe Stück nur 12 Pf.

trotz der Größe selten fett und zart;

½ Dutzend nur 70 Pf. 6340

Rezepte zur Bereitung von Gabelbissen ☞ gratis. ☜

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219130221-18/fragment/page=0004

1. Beilage zum Volksblatt.

Nr. 44 Halle (Saale), Freitag den 21. Februar 1913 24. Jahrg.

Deutscher Reichstag.

116. Sitzung, Mittwoch, den 19. Februar, nachmittags 1 Uhr.
Am Bundesratstische: Niemand.

Der Jesuitenantrag des Zentrums.

Abg. Spahn (Z.): Viermal hat der Reichstag bereits die Aufhebung des Jesuitengesetzes beschlossen. Zu unserem neuen Antrag liegt ein Antrag der Fortschrittlichen Volkspartei vor, wonach bei Aufhebung des Gesetzes die landesrechtlichen Vorschriften zu dieser Materie unberührt bleiben sollen. Für uns handelt es sich bei unserer Forderung um die Frage, inwieweit das Reich beanspruchen kann, ein Rechtsstaat zu sein, solange das Jesuitengesetz besteht. (Sehr richtig! im Zentrum.) Redner geht auf die Entstehungsgeschichte des Jesuitengesetzes ein. Ueberall, wo die Jesuiten in protestantischen Ländern tätig sein könnten, ist nie eine Störung des konfessionellen Friedens erfolgt. (Sehr richtig! im Zentrum.) Politisch dürfen sie nur mit besonderer Erlaubnis des Ordensgenerals tätig sein. (Sehr wahr! im Zentrum.) Man spricht absprechend von der jesuitischen Moral. Würde die Mehrzahl unseres Volkes die Moral auch nur des laxesten Jesuiten besitzen, so würde es mit der Unterschätzung der Geistlichen und der Ueberschätzung der materiellen Güter vorbei sein. (Sehr gut! im Zentrum.) Der Jesuitenturm bedarf nicht der Aufhebung des Jesuitengesetzes. Uns liegt lediglich an der Wahrung der Rechte der katholischen Bevölkerung und der Jesuiten. Zu dem Antrag Ablaß liegt kein Anlaß vor, denn es handelt sich hier um ein Reichsgesetz, auch ist die Tragweite des Antrages, soweit es sich auch auf priesterliche Handlungen beziehen soll, nicht zu übersehen. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Hofmann-Kaiserslautern (Soz.):

Seit der Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes im Jahre 1904 haben wir eine Art Waffenstillstand. Der neue Vorstoß ging von Bayern aus durch den Hertlingschen Erlaß, der zweifellos ein Uebergriff in die Sphäre des Reichsrechts war. (Sehr richtig.) Man sagt, Herr v. Hertling habe nur eine Erbschaft seines Vorgängers übernommen. Aber er war doch durch seine eigene Vergangenheit erblich belastet. (Sehr richtig!) Einen Erlaß seines Vorgängers über die Zulassung der Feuerbestattung, über die Beseitigung der geistlichen Schulaufsicht, über die Zulassung von Sozialdemokraten zu Staatsämtern hätte er wohl kaum ausgeführt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Derselbe Freiherr v. Hertling, der sich eines offenbaren Verstoßes gegen die Reichsgesetze schuldig gemacht hat, will uns Sozialdemokraten unter ein Ausnahmegesetz stellen, weil wir nicht gesonnen seien, die Reichsgesetze zu respektieren. Wer die Gemüter der bayrischen Sozialdemokraten kennt, glaubt schon ohne weiteres das nicht von uns. (Heiterkeit.) Gar mancher Prälat hat uns bestätigt, daß wir relativ gar nicht so schlecht und absolut noch viel besser sind wie die Liberalen. (Große Heiterkeit.) In der Bayerischen Reichsratskammer nannte Herr v. Hertling das Jesuitengesetz ein odiöses Kampfgesetz. Ich unterschreibe das. Aber ein Minister, der ein bestehendes Reichsgesetz weginterpretieren will, hat das Recht verwirkt, gegenüber der Sozialdemokratie auf die Staatsautorität hinzuweisen. Ueberdies war das Vorgehen des Freiherrn v. Hertling eine große Dummheit; man kann von ihm sagen: wärst Du kein Staatsmann geworden, so wärst Du ein Staatsmann geblieben. (Heiterkeit.)

Das Jesuitengesetz ist ein Tendenzgesetz schlimmster Art, ein Ausnahmegesetz nicht nur gegen die Jesuiten, sondern gegen die katholische Kirche. (Hört! hört! im Zentrum.) Bei der Begründung des Gesetzes erhob man schwere Anklagen über die Gemeingefährlichkeit der Jesuiten. Setzt man überall statt des Wortes „Jesuiten" „Sozialdemokraten", so hat man die schönste Begründung des Sozialistengesetzes. Mit aus dem Zusammenhang gerissenen Zitaten suchte man die Schlechtigkeit und Verwerflichkeit der Jesuiten zu beweisen. Natürlich sind sie Menschen wie alle anderen, im Guten wie im Schlimmen. Es ist das dieselbe Kampfesmethode, wie sie gegen die Sozialdemokraten geübt wird, und namentlich vom Zentrum. (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Hier erfüllt sich beim Zentrum das Wort: Womit du sündigst, wirst du bestraft. Zweifellos kann man in den Jesuitenschriften eine Unmenge von Stellen finden, die mit den heute herrschenden Rechts- und Moralbegriffen sich nicht vereinigen lassen. Wer bedenkt, daß ihre Staatstheorien nur Abstraktionen eines im Mittelalter bestehenden Zustandes sind, wer bedenkt, daß der Jesuitenorden ein Teil der katholischen Kirche ist, und wer weiter bedenkt, daß die Kirche ihre glänzende Herrschaftsstellung im Mittelalter nicht vergessen kann und deswegen Staatstheorien aufrechterhält, über die man in der Wirklichkeit längst zur Tagesordnung übergegangen ist, der versteht auch die Sätze der Enzyklika, des Syllabus und die Moralsätze der Jesuiten. Während die Staatstheorie der Sozialisten seit hundert Jahren immer mehr von der Utopie zur Wirklichkeit fortschreitet, ist die der Jesuiten seit 300 Jahren immer mehr von der Wirklichkeit zur Utopie fortgeschritten. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Aber selbst wenn die theoretischen Sätze der Jesuiten so gefährlich wären, wie ihre Gegner es darstellen, liegt doch kein Grund zur Ausnahmegesetzgebung vor, denn die Gesetzgebung soll Handlungen bestrafen, nicht Gesinnungen, Taten und nicht Theorien, und in unserer Zeit ist kein einziger Jesuit bestraft worden wegen hochverräterischer oder unmoralischer Taten. (Hört! hört! im Zentrum.) Ebensowenig wie ein Sozialdemokrat wegen revolutionärer Taten. (Widerspruch im Zentrum.) Sozialdemokraten sind nur wegen revolutionärer Gesinnungen, niemals wegen revolutionärer Taten bestraft worden. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Herr Spahn sagte, den Jesuiten sei durch ihren Ordensgeneral streng verboten, Politik zu treiben. Das Verbot wird aber nicht so strenge gehalten. So weist die Augsburger „Post" nach, daß der Jesuit Büdinghausen den ersten König von Preußen hat machen helfen. Es wird also da der aktenmäßige Nachweis erbracht, daß die Könige von Preußen weniger von Gottes Gnaden sind, als von Jesuiten Gnaden. (Lebhafte Heiterkeit.) Man will die Jesuiten nicht zulassen, weil ihre Väter vor mehreren hundert Jahren recht schlimme Taten vollbracht haben. Wir haben es doch mit den Jesuiten des 20., nicht mit denen des 16. Jahrhunderts zu tun. Wir bestrafen ja auch nicht die Nachkommen der ehemaligen Raubritter. (Große Heiterkeit.) Nach unserer Auffassung ist auch heute die Tätigkeit der Jesuiten ohne eine tüchtige Portion geistigen Terrorismus nicht möglich, aber die Frage ist nicht, ob sie nützlich oder schädlich sind, sondern ob man ein Ausnahmegesetz braucht. Es ist interessant, daß das Zentrum sich für die Zulassung der Jesuiten auf Friedrich den Großen, auf Lessing, Goethe und Heinrich Heine beruft; das ist eine schöne Galerie von Freigeistern und Atheisten, die als Kronzeugen der Jesuiten angeführt werden. (Heiterkeit.) Das Zentrum sagt, die jesuitische Lehre ist die der katholischen Kirche. Ganz meine Meinung. Die Lehre etwas weiter geführt, kommen wir zu der Auffassung, daß hier die Herren vom Zentrum samt und sonders Jesuiten sind. (Große Heiterkeit.) Und in weiterer Konsequenz führt es dahin, daß wir in Deutschland ein paar Millionen Jesuiten haben. Da sollten uns die paar hundert Jesuiten in Uniform auch nicht mehr schaden. Entweder muß das Jesuitengesetz aufgehoben werden, oder Sie machen ein Ausnahmegesetz gegen die katholische Kirche. (Lebhaftes Sehr richtig! im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.) Am 4. Dezember 1912 hat der Reichskanzler die Nichtzulassung der Jesuiten mit der Rücksicht auf die Gefühle der 40 Millionen Protestanten begründet, und von der Erhaltung des konfessionellen Friedens gesprochen. Der nationalliberale Redner feierte ihn, weil er Oel auf die Wogen des konfessionellen Kampfes gieße. Aber die Rechnung mit den 40 Millionen Protestanten stimmt nicht, die 15 Millionen Sozialdemokraten erklären die Religion zur Privatsache und verlangen die Aufhebung des Jesuitengesetzes. Die ungeheure Erregung, von der in den Zeitungen die Rede ist, ist beim deutschen Volke gar nicht vorhanden (Sehr richtig!), die großen Volksmassen haben ganz andere Dinge zu tun, als an die Jesuiten zu denken, in dieser Zeit der Teuerung geht der Kampf ums tägliche Brot und nicht um die Jesuiten, und wenn ein Beruhigungsmittel für konfessionelle Hilfskräfte absolut nötig ist, so möchte ich dem Reichskanzler nicht das teure Oel empfehlen, sondern das billige kalte Wasser. (Große Heiterkeit.) Dem Zentrum möchte ich sagen, Toleranz und Konfession sind ewig unvereinbare Gegensätze (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten); Toleranz zu fordern ist leicht, wenn man in der Minderheit ist, aber schwer zu üben, wenn man in der Mehrheit ist. Unser moderner Rechtsstaat ist seiner ganzen Natur nach nicht katholisch und nicht protestantisch, nicht christlich und nicht unchristlich. In einem solchen Staat darf keine konfessionelle Mehrheit nicht die Vergewaltigung einer konfessionellen Minderheit verlangen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die deutschen Katholiken dürfen auf deutschem Boden keine Jesuitenmissionen mitmachen, aber 10 Kilometer weiter, jenseits der holländischen Grenze, da können sie es ohne weiteres tun, gerade so, wie die Leichenverbrennung im Bayerischen nicht gestattet ist, wohl aber im Württembergischen.

Auch wir Sozialdemokraten halten den Jesuitenorden für einen Kampfesorden, wir meinen aber auch, der evangelische Bund ist keine Gesellschaft der Friedensfreunde. (Große Heiterkeit.) Die Jesuiten werden sicherlich nicht den religiösen und politischen Frieden fördern, es ist aber nicht die Aufgabe der Reichs- oder Staatsregierung, darüber zu wachen, sondern sie hat absolute Neutralität zu üben. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten und im Zentrum.) Man sagt, die Ereignisse während der Gegenreformation müssen unsere schmerzlichsten Gefühle hervorrufen. Aber während der Gegenreformation haben beide Parteien, Katholiken wie Protestanten, das Schlimmste an Vergewaltigung ihrer Gegner verübt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Man sagt, die Jesuiten stören den religiösen Frieden. Aber wir haben den religiösen Frieden auch nicht gehabt in den Jahrzehnten, seitdem die Jesuiten vertrieben sind. Innerhalb der evangelischen Kirche besteht der Streit zwischen Liberalen und Orthodoxen, innerhalb der katholischen Kirche zwischen der Berliner und der Kölner Richtung. Die Formen, in denen diese Kämpfe durchgeführt werden, sind alle nicht christlich. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Trotz des bestehenden Kampfes unter den Konfessionen ertönt dann der Ruf: Sammlung aller Christen zum Kampf gegen den Unglauben, gegen den Umsturz. Das ist ein unehrliches politisches Kampfmittel. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) In diesen ganzen Kämpfen zeigt sich sehr wenig Christentum, aber eine Masse Pharisäertum. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Was das Zentrum und die Konservativen zusammenführt, ist die gemeinsame Furcht vor der Sozialdemokratie. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Das Zentrum bekämpft das Jesuitengesetz als Ausnahmegesetz; aber ist es zu einem solchen Kampfe wirklich legitimiert? 1878 hat zwar das Zentrum unter Führung Windthorsts gegen das Sozialistengesetz gestimmt; aber bereits 1880 stimmte ein Teil des Zentrums für dessen Verlängerung. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Interessant ist, daß der damalige Sprecher als Grund dieser Abstimmung anführte, die Praxis habe gezeigt, daß das Gesetz nicht gegen alle mißliebigen Parteien, sondern wirklich nur gegen die Sozialdemokraten benutzt würde. (Lebhaftes Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Weiter sagte jener Redner: „Ich kann sogar für mich hinzufügen, daß mich damals schon das Schlagwort vom Ausnahmegesetz nicht weiter beirrt hat." Dieser Redner war Frhr. v. Hertling. (Lebhaftes Hört! hört! links.) Ich glaube nicht zu viel zu sagen, wenn ich behaupte: wenn es auf das Zentrum angekommen wäre, hätten wir das Sozialistengesetz heute noch. Tatsache ist, daß 1884, 1886 und 1888 immer soviel Zentrumsleute dafür stimmten oder abkommandiert worden sind, daß es stets gerade ausgereicht hat. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Solange das Jesuitengesetz besteht, wird ja das Zentrum für ein neues Ausnahmegesetz nicht eintreten können; aber dafür duldet es das Ausnahmerecht gegenüber der Sozialdemokratie. Das ist schließlich noch schlimmer. Ein Ausnahmegesetz ist dem Ausnahmerecht gegenüber, wenn auch brutal, so doch wenigstens ehrlich. Hier spricht das Zentrum von Freiheit und Gleichberechtigung, und doch treibt es mit der Unterdrückung der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung der Sozialdemokraten niemand toller, als der Ministerpräsident Frhr. v. Hertling. Unter ihm ist Bayern zum klassischen Lande der politischen Unterdrückung geworden, indem das politische Denunziantentum sich immer mehr verbreitet. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Dabei hat 1878 der Zentrumsführer Windthorst hier im Reichstag gesagt: „Die ganze Theorie, daß der Staat und die Majoritäten, welche zufällig vorhanden sind, das Recht haben, Parteien, die ihm nicht gefallen, vom Genuß staatsbürgerlicher Rechte auszuschließen, ist etwas ganz Horrendes." (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Damit hat er die heutige Zentrumspraxis in Bayern auf das schärfste verurteilt. Das Zentrum hat bis jetzt noch kein Ausnahmegesetz beschlossen, aber ich fürchte, seine ganze Entwickelung führt dahin. Die Nationalliberalen und Konservativen werden natürlich den Antrag ablehnen, die Volkspartei wird vielleicht getrennt stimmen. Ich verstehe allerdings nicht, was die Liberalen abhält, für die Aufhebung des Jesuitengesetzes zu stimmen. Man sagt, der Jesuitenorden sei eine internationale Gesellschaft. Aber international ist unsere ganze christliche Kirche, alle Weltanschauungen sind international, hier sitzt die rote Internationale, dort die goldene, und da die schwarze. (Große Heiterkeit. — Zuruf: Und dadrüben die grüne!) Nein, die Herren sind vollständig frei von jeder Internationalität, das ist eine besondere Sorte, die nur in Ostelbien sitzt. (Stürmische Heiterkeit.) Ferner sollen die Jesuiten das Recht zur Revolution verkünden. Nun, das ist schon verkündet worden von hervorragenden Staatsrechtslehrern, von berühmten Philosophen, ja auch in konservativen Zeitungen und in Reden preußischer Junker. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Am wenigsten begreife ich den Abscheu der Liberalen gegen diese Theorie, die doch selbst vor Jahren die Revolution sehr stark in die Praxis umgesetzt haben. Leute mit solcher praktisch-revolutionären Vergangenheit sollten Sozialdemokraten und Jesuiten nicht vorwerfen, daß sie die revolutionäre Doktrin verteidigen. (Sehr wahr!) Und sind nicht die ganzen Befreiungskriege vor hundert Jahren durch eine revolutionäre, hochverräterische Tat eingeleitet worden? (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Der Kampf gegen den Klerikalismus kann heute nur mit den modernen Waffen des Geistes geführt werden, aber nicht mit der rohen Gewalt von Ausnahmegesetzen. Die Liberalen sollten doch endlich mithelfen, dem Zentrum dies billige, stets wirksame Agitationsmittel zu nehmen, und es ihm unmöglich machen, seine Sünden auf politischem Gebiet stets mit dem Jesuitenmantel zu verhüllen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wir wollen auch den Kampf gegen den Klerikalismus, gegen den Jesuitismus, aber wir wollen einen offenen und ehrlichen Kampf, nicht einen Kampf, wo man dem Gegner erst die Hände bindet und ihn dann zum Zweikampf herausfordert.

In der Presse sind eine Anzahl Vorschläge zur Milderung des Jesuitengesetzes unterbreitet worden. Ich möchte auch einen Vorschlag bekanntgeben, der wohl nicht so viel diskutiert worden ist: „man soll die zielbewußten Jesuiten fernhalten, weil ausgesprochene Anhänger der jesuitischen Lehren niemals Gewähr für gesetzmäßiges Handeln bieten. Nicht zielbewußten, nichtöffentlich auftretenden Jesuiten könnte im Lande eine ruhige Wirksamkeit gestattet werden." Das Zentrum wird wahrscheinlich mit diesem Vorschlag nicht einverstanden sein. Er ist gemacht worden im Juni 1912 im Bayrischen Landtag vom Staatsminister v. Soden (Sehr gut! und Heiterkeit bei den Sozialdemokr.) Allerdings nicht für die Jesuiten, sondern für die Sozialdemokraten. In der Zentrumspresse war zu lesen, daß in unserer Fraktion eine Kölner Richtung für den Fortbestand des Jesuitengesetzes eintrete. Nun habe ich früher einmal bei uns sprechen hören von einer Berliner Richtung, von einer Kölner Richtung noch nicht. Sie können auch nicht verlangen, daß es in jeder Partei so sein muß wie bei Ihnen. (Große Heiterkeit.) Wir stimmen Mann für Mann für die Aufhebung des Jesuitengesetzes. (Hört! hört! bei den Konservativen.) Selbst wenn wir glauben würden, daß die Jesuiten uns Schaden zufügen könnten, würden wir dieselbe Haltung einnehmen, denn wir werden niemals für ein Ausnahmegesetz zu haben sein. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wir haben die Qualen, das Unrecht, die Vergewaltigung, die unseren alten Führern unter dem Sozialistengesetz zugefügt worden sind, noch nicht vergessen. Eine Partei, die 12 Jahre unter dem Ausnahmegesetz gestanden hat, die heute noch in allen Bundesstaaten verfehmt und verachtet wird, gegen die man jetzt wieder Ausnahmegesetze schmiedet, tritt niemals für ein Ausnahmegesetz ein. Wir hassen die Jesuiten nicht, aber noch viel weniger fürchten wir sie. Darum geniert es uns auch nicht, wenn jetzt das Zentrum seine Jesuiten anbietet als Retter des Staates, als Bewahrer von Thron und Altar. Die Jesuiten sollen die Sozialdemokraten bekehren. — Das ist eine der schwersten Jesuitenmissionen, die es jemals gegeben hat. (Große Heiterkeit, Zuruf bei den Sozialdemokraten: Und die gelingt vorbei!) Der Klerikalismus ist für uns kein Hindernis im Vorwärtsschreiten, das haben die letzten Wahlen bewiesen mit dem Fall der Bischofssitze Metz, Würzburg und Köln. Es beweist die ganze Verständnislosigkeit des Zentrums gegenüber der sozialistischen Bewegung, wenn man meint, eine große ökonomische Bewegung stillegen zu können durch die Religion. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der Papst mit allen Bischöfen und Jesuiten werden den Vormarsch des Sozialismus nicht aufhalten. Es gibt nur ein Mittel gegen die gewaltsame soziale Revolution: das ist die große soziale Reform. Sie verhindern, heißt, die Revolution vorbereiten. Aber wenn es noch Mittel gibt gegen die gewaltsame soziale Revolution, so gibt es doch kein Mittel gegen den Sozialismus, praktisch nicht. Theoretisch wohl: vernichten Sie alle Fabriken, zerstören Sie Reichtum und Kapital, beseitigen Sie Armut und Elend, verbieten Sie Fortschritt in Wissenschaft und Technik, legen Sie die ganze moderne wirtschaftliche Bewegung still, dann wird die Sozialdemokratie zugrunde gehen. Aber bis dahin bleibt es bei dem Wort der „Kreuz-Zeitung": Die Sozialdemokratie ist das Problem aller zukünftigen Politik." Die Macht muß noch geboren werden, die den Sozialismus niederringt. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Junck (Natl.): Der Antrag wird mit erheblicher Mehrheit angenommen werden. Das ist wichtiger als das Jesuitengesetz selbst, denn es beweist, daß zwei diametral verschiedene Parteien sich hier zusammenfinden zu gemeinsamem Wirken, allerdings nur negativer Art. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Sehr positiv!) Unter diesen außerordentlich markanten politischen Umständen müssen wir es doch bedauern, daß der führende, oder der doch wenigstens zur Führung berufene Reichskanzler (Heiterkeit und Hört! hört!) hier nicht erschienen ist. Er hätte uns darlegen sollen, wie es gegenüber den fortgesetzt zutage tretenden Versuchen dieser Mehrheit, die Regierungspolitik zu durchkreuzen, überhaupt noch möglich ist, eine aktive positive Politik zu treiben. (Aha! und ironische Rufe: Auflösung! im Zentrum.) Die Aufhebung des Jesuitengesetzes ist für uns unannehmbar, weil der konfessionelle Frieden darunter leiden würde. (Lachen im Zentrum.) Der Jesuitenorden gilt uns als Anwalt der Bestrebungen der römischen Kurie, das kirchliche Recht über das staatliche zu stellen. Daher sind wir außerstande, unsere Hand zur Zurückrufung der Jesuiten, des Garderegiments der Kurie, zu bieten. (Zuruf: Bassermann aber nicht!) Wenn der Antrag hier angenommen ist, wünschen wir die baldige Entscheidung des Bundesrats. Wir wünschen, daß gerade in der jetzigen Situation der Reichskanzler den Reichstag recht bald vor die große nationale Frage der Vermehrung der Wehrkraft stellen möge. (Bravo! bei den Nationalliberalen, Gelächter bei den Sozialdemokraten und im Zentrum.)

Abg. Graf Kanitz (kons.): Wir sind nicht gewillt, evangelische Interessen preiszugeben und können deshalb nicht für den Antrag stimmen, obwohl uns jede Unfreundlichkeit gegen die katholische Bevölkerung fern liegt. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Müller-Meiningen (Vp.): Ein kleiner Teil meiner politischen Freunde wird für die Aufhebung des Jesuitengesetzes stimmen, weil er es für ein Ausnahmegesetz hält. Die große Mehrheit meiner Fraktion lehnt die Aufhebung des § 1 ab. Diese Mehrheit befürchtet von der Aufhebung eine Störung des konfessionellen Friedens. Sie betrachtet den Jesuitenorden nach seiner Satzung und 400jährigen Tätigkeit als Organ zur Bekämpfung Andersgläubiger und befürchtet von ihm und seiner erzieherischen Tätigkeit auch eine schwere Schädigung unserer Jugend. Die Zuständigkeit der Einzelstaaten zur Regelung der Verhältnisse des Ordens muß auf jeden Fall aufrecht erhalten werden; dazu haben wir unseren Antrag eingebracht. (Bravo! bei den Freisinnigen.)

Abg. v. Morawski (Pole, auf der Tribüne unverständlich) erklärt sich für den Antrag des Zentrums.

Abg. Mertin (Rp.): Wir werden gegen den Antrag des Zentrums stimmen, vor allem wegen der internationalen Gesinnung der Jesuiten. Ihre Zulassung würde eine tiefe Störung des konfessionellen Friedens herbeiführen.

Abg. Graf v. Oppersdorff (b. k. F.): Der Reichskanzler berief sich auf das evangelische Volksempfinden, das die Aufhebung des Jesuitengesetzes verhindere. Es war doch auch im Jahre 1904 bei der Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes nicht ohne Einfluß. Warum ließ denn damals das Volksempfinden die Aufhebung zu? Wenn man den konfessionellen Frieden wirklich will, so sorge man für einen tendenzlosen Geschichtsunterricht. (Sehr wahr! im Zentrum.) Möge das Wort Bismarcks Wahrheit werden, daß die Deutschen nur Gott fürchten und sonst nichts. Der Weg dazu führt über die Aufhebung des Jesuitengesetzes. (Bravo! im Zentrum.)

Abg. Mumm (Wirtsch. Vg.) spricht über das Verhältnis von Kirche und Staat und wünscht, daß das christliche Volk sich unter dem Kreuz zusammenfinde.

Abg. Dr. Haegy (Elf. Z.): Das elsässische Volk bewahrt dem Jesuitenorden für seine jahrhundertelange segensreiche Tätigkeit die größte Dankbarkeit; im Elsaß haben wir die Vertreibung der Jesuiten als schweres Unrecht empfunden und haben es dem Zentrum schon oft zum Vorwurf gemacht, daß es die Beseitigung dieses Unrechts noch nicht erreicht hat.

Damit schließt die erste Beratung.
Es schließt sich sofort die zweite daran.

Abg. Dr. Erdmann (Soz.):

Der Abg. Junck erklärte sich gegen die Aufhebung des Jesuitengesetzes, weil er lieber positive Arbeit leisten will. Die positive Arbeit sieht er wohl in der Verteuerung der Lebensmittel, in der Bewilligung von Millionen und Milliarden für Heer und Flotte. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Mit positiver Arbeit in unserem Sinne würde er dem Volke sicherlich einen größeren Dienst erweisen. Er will das Gesetz zur Wahrung des konfessionellen Friedens aufrecht erhalten. Aber dieselben Nationalliberalen haben die Volksschule nach und nach dem Jesuitismus ausgeliefert. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Einige hundert Jesuiten wollen Sie außerhalb des Landes halten, aber jährlich übergeben sie Hunderttausende von Kindern dem jesuitischen Geist. Nieder mit den Jesuiten, aber hoch der jesuitische Geist! das ist der Ruf der Nationalliberalen. — Die Regierung würde mit der Aufhebung des Jesuitengesetzes nur altpreußischer Tradition folgen. Friedrich Wilhelm I. liebte die Katholiken nicht, aber den Katholiken der Grafschaft Glatz gab er trotzdem freie Religionsübung und gegen 400 Taler „zur Erwerbung einer grenadiermäßigen Person" noch weitere Zugeständnisse. (Heiterkeit.) Vielleicht stellt das Zentrum

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219130221-18/fragment/page=0005

auch grundsätzmäßige Personen oder genügend Stimmen zur Bewilligung ganzer Bataillone. (Heiterkeit.) Uebrigens hätte das Zentrum, wenn es wollte, die Aufhebung des Gesetzes längst erreicht. Wenn man 50 Jahre ausschlaggebende Regierungspartei ist, kann man schon etwas erreichen. Wenn das Zentrum nur die Hälfte der Energie, die es zur Beseitigung der Erbschaftssteuer aufgewandt hat, zur Beseitigung des Jesuitengesetzes aufgewandt hätte, so hätte es seine geliebten Jesuiten längst. Also nicht dem Zentrum zuliebe, sondern weil wir in dem Gesetz ein Ausnahmegesetz erblicken, das wir bekämpfen, selbst wenn es unsere schlimmsten Gegner betrifft, werden wir für den Antrag des Zentrums stimmen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

§ 1 wird gegen die Stimmen der Rechten, der Nationalliberalen und des größten Teils der Volkspartei angenommen.

Bei § 2 befürwortet

Abg. Dr. **Müller**-Meiningen (Volksp.) nochmals den Antrag Ablaß.

Abg. Graf **Westarp** (kons.) und Abg. **Schultz** (Reichsp.) erklären sich gegen den Antrag Ablaß, da er unklar sei.

Abg. **Gröber** (Zentr.): Wir können unmöglich für die Aufrechterhaltung alles möglichen polizeilichen landesrechtlichen Plunders uns aussprechen. (Große Heiterkeit.) Wir bieten nicht die Hand dazu, in den Einzelstaaten neue Ausnahmegesetze zu schaffen.

Abg. Dr. **Junck** (natlib.): Wir halten den Antrag Ablaß nicht für notwendig, da nach Fortfallen der Reichsgesetzgebung die Landesgesetzgebung ohnehin wieder auflebt. Wir werden aber für ihn stimmen (Große Heiterkeit), weil wir seine Tendenz billigen.

§ 2 des Antrags wird hierauf angenommen, der Antrag Ablaß wird abgelehnt. — Auf Antrag Spahn findet sofort auch die **dritte Lesung** statt, in der der Antrag des Zentrums gleichfalls **angenommen** wird, sowie auch in der **Gesamtabstimmung**. Das Resultat wird mit lebhaftem Beifall im Zentrum begrüßt, dem Zischen aus den Reihen der Nationalliberalen antwortet.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. — Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr. (Zweite Lesung des Postetats.) Schluß: 5 Uhr.

Halle und Saalkreis.

Halle (Saale), den 20. Februar 1913.

Parteigenossen!

Heute, Donnerstag, abends um 8½ Uhr, findet die angekündigte Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins für Halle und den Saalkreis im großen Saale des Volksparks statt. Auf der Tagesordnung steht ein Vortrag über das Thema:

Imperialismus und Sozialdemokratie.

Referent ist Genosse Dr. Anton Pannekoek aus Bremen. Parteigenossen und Genossinnen, sorgt für starken Besuch!

Die Erstarkung der Bauarbeiter-Organisation.

Der hiesige Zweigverein des Bauarbeiterverbandes hat seinen gedruckten Bericht für das Jahr 1912 herausgegeben. Der Bericht zeigt uns, wie energisch im Hinblick auf den bevorstehenden Kampf für die Festigung und Ausbreitung der Organisation gearbeitet worden ist. Wohl war das Jahr 1912 ein Jahr des Friedens, da Lohnkämpfe, abgesehen von kleinen Plänkeleien, nicht durchzukämpfen waren, trotzdem muß es aber für die Verwaltung, sowie für alle, die es ernst mit den Interessen der Organisation nehmen, als ein arbeitsreiches Jahr bezeichnet werden. Am 1. Januar 1912 traten die Stuckkateure dem Deutschen Bauarbeiterverbande bei, so daß jetzt die vier Hauptgruppen des Baugewerbes, die der Maurer, Bauhilfsarbeiter, Isolierer und Stuckkateure, zu einem großen Ganzen verschmolzen sind. Mit Genugtuung kann man konstatieren, daß das Gros der Mitglieder sich die größte Mühe gegeben hat, ein gedeihliches Verhältnis zwischen den vier Branchen herbeizuführen. Wenn so weiter gearbeitet wird, wie bisher, dann wird noch manches besser werden. Der Vorteil der Verschmelzung hat sich sofort gezeigt; die Aktionen des Verbandes sind bedeutend einheitlicher gewesen als früher, die Machtentfaltung, ist eine viel stärkere geworden; ebenso ist unser Einfluß den Unternehmern gegenüber bedeutend gestiegen!

Die Frühjahrsagitation wurde mit dem vom Verbandsvorstand herausgegebenen Flugblatt im Monat März eröffnet. Im übrigen mußte die Agitation auf die Bauten und in die Versammlungen verlegt werden. Der Erfolg blieb nicht aus. Es sind im Berichtsjahre 325 Mitglieder neu eingetreten und 150 aus anderen Verbänden übergetreten. Eine üble Erscheinung ist die Fluktuation unter den ungelernten Arbeitern. Viele von diesen Leuten betrachten die Organisation lediglich als Durchgangsstation. Großer Aufklärung und sonstiger Organisationseinrichtungen wird es noch bedürfen, ehe diesem Mißstand abgeholfen ist.

Ueber die Mitgliederbewegung unterrichten im einzelnen folgende Zahlen. Im Berichtsjahre sind neu eingetreten 325 Kollegen, übergetreten aus anderen Verbänden 150 Kollegen. Zugereist sind 379, abgereist 263, ausgetreten 35, ausgeschlossen 7, gestorben 12, zum Militär eingezogen 64, gestrichen wegen rückständiger Beiträge 89, übergetreten in andere Verbände 79. Die Mitgliederzahl betrug im ersten Quartal 2677, im vierten Quartal 2968. Diese Mitgliederzahl verteilt sich auf Halle und 34 umliegende Ortschaften. Ueber die Tätigkeit des engeren Vorstandes geben nachfolgende Zahlen näheren Einblick: Es fanden statt 126 Versammlungen, 2 Konferenzen, 27 Besprechungen, 22 Vorstandssitzungen, 11 kombinierte Sitzungen und 5 Schlichtungskommissionssitzungen. Das Einigungsamt tagte einmal. Die Verwaltungstätigkeit im Bureau ist natürlich mit der Ausbreitung der Organisation gewachsen. Auch die Kassengeschäfte haben eine ganz bedeutende Mehrbelastung gebracht, besonders durch die Erweiterung der Krankenunterstützung im Winter. An Krankenunterstützung wurden insgesamt im Jahre 1912 ausgezahlt 11 244,60 Mk. Die ausgezahlte Sterbeunterstützung betrug für zwölf Kollegen und 18 Ehefrauen 2062,50 Mark. Im übrigen haben sich die Kassenverhältnisse im letzten Jahre sehr günstig gestaltet.

Von größeren Lohnbewegungen ist der Zweigverein in seinen Hauptbranchen im abgelaufenen Jahre nicht betroffen worden, da sämtliche Mitglieder unter Vertrag arbeiten. Die Stuckkateure jedoch führten gegen ihre Unternehmer in der Zeit vom 1. Juli bis 21. September einen erbitterten Kampf. Der Streik wurde mit einem teilweisen Erfolge beendet. Durch Verhandlung wurde ein dreijähriger Tarif abgeschlossen mit einer Lohnerhöhung von 6 Pf. pro Stunde für die Vertragszeit. Die normale Arbeitszeit bei Lohn- und Akkordarbeit wurde festgesetzt auf 8½ Stunden. Es waren im übrigen noch neun Sperren nötig zur Durchführung und Aufrechterhaltung der tariflichen Vereinbarungen für Maurer und Hilfsarbeiter.

Die Maifeier wurde wie ja nicht anders zu erwarten, von den Bauarbeitern auch im verflossenen Jahre durch Arbeitsruhe festlich begangen. Das Gros der Teilnehmer des Demonstrationszuges bildeten, wie üblich, die Arbeiter des Baugewerbes. Der Unternehmerverband für das Baugewerbe hatte beschlossen, wer den 1. Mai feiert, wird drei Tage ausgesperrt. Da aber bei den meisten Mitgliedern des Unternehmerverbandes dieser Beschluß keinen Anklang fand, hatte man in letzter Stunde sich dahin geeinigt, nur einen Tag auszusperren, was auch nicht überall durchgeführt wurde.

So hat der Bauarbeiterverband im letzten Jahre bei allen Gelegenheiten ruhig und energisch die Interessen seiner Mitglieder wahren können. Mit dem Hinweis darauf, daß das kommende Jahr stürmischer verlaufen wird, ruft der Vorstand den Mitgliedern in einem kernigen Schlußwort zu:

Ruhe und Rast darf es in Zukunft nicht geben, rastlos müssen wir vorwärts schreiten, nicht nur Mitglieder brauchen wir, sondern wir brauchen Kämpfer. Die Erziehung der vielen jungen Mitglieder zu Klassenkämpfern muß unsere ernsteste Aufgabe der nächsten Zeit sein.

Nur noch eine kurze Spanne Zeit trennt uns von dem nächsten großen Entscheidungskampf, der im Baugewerbe ausgefochten werden soll. Wollen wir uns nicht um jahrzehntelange Errungenschaften bringen und uns zu Sklaven degradieren lassen, dann müssen alle Kollegen mit äußerster Kraftanspannung an der Erziehung unserer Truppen mitarbeiten.

Um dieses Ziel zu erreichen, ist es notwendig, daß wir die kleinlichen persönlichen Dinge hintenanstellen, das Ziel im Auge behalten und nur großzügige Debatten führen. Unserer Geschlossenheit muß es gelingen, die Lebenshaltung der Bauarbeiterschaft, die durch die ungerechte Zoll- und Wirtschaftspolitik, verbunden mit dem unerhörten Steuerraub, stark beeinträchtigt ist, menschenwürdig zu gestalten. Hierzu ist die Beteiligung aller Kollegen auch an der politischen und genossenschaftlichen Arbeiterbewegung eine unbedingte Notwendigkeit.

Alle Kampfmittel, die uns zur Verfügung stehen, müssen benutzt werden, um den Kampf gegen die Reaktion mit Erfolg führen zu können. Deshalb muß unsere Parole für die Zukunft lauten: Auf zu verstärkter Agitations- und Aufklärungsarbeit! Auf zu neuen Erfolgen!

Zerissener Patriotismus.

Eine Jahrhundertfeier jagt jetzt die andere. Und auf jeder wird kräftig in nationalem Geist, vaterländischem Empfinden, deutscher Einigkeit und heiligstem Patriotismus gemacht. Nun sind aber solche Gefühle sehr empfindliche Dinge; wenn man sie gar zu oft malträtiert, gehen sie in die Brüche. Und den ersten großen öffentlichen Bruch erlebte der Jahrhundertfeier-Rummel am Dienstag bei dem Festkommers der Studenten, die den Auszug der Halleschen Studenten zu den Befreiungskriegen von 1813 feiern wollten. Preisend mit viel schönen Reden der deutschen Tugenden große Zahl hatten sich eine Reihe „hoher Ehrengäste" eingefunden und an tausend Studenten füllten den Saal. Es scheint so, als ob gerade diese Jahrhundertfeier den Höhepunkt der patriotischen Gefühle für diesen Winter darstellen sollte. Die bürgerlichen Blätter sind rein verdreht vor Ueberschwenglichkeit bei der Berichterstattung über diese Feier aller Feiern. Um den Riß, der zum Schluß durch sie ging, richtig würdigen zu können, müssen unsere Leser vorher einige Sätze aus dem Bericht des national begeisterungsfähigsten Blattes, der Saalezeitung, genießen. Da heißt es:

„Hunderte waren gestern gekommen, um Zeugnis davon abzulegen, daß auch heute noch allen Minierarbeiten zum Trotz, **nationaler Geist und vaterländisches Empfinden** in der deutschen Studentenschaft lebt. Hunderte auch, um zu schauen, wie Deutschlands hohe Schulen das Andenken der glorreichen Erhebung des Vaterlandes vor 100 Jahren feiern, wie Halles Akademiker den **Helden einer großen Zeit ihr Glas weihen**. Der große Saal der Saalschloßbrauerei, bis auf den letzten Platz gefüllt, bot das reizvolle und farbenprächtige Bild der großen Kommerse. Auf der Bühne vor der altehrwürdigen Universitätsfahne das Präsidium, daneben die Spitzen der Staats-, Militär- und Zivilbehörden, die es sich nicht hatten nehmen lassen, zur **seltenen Feier** zu erscheinen. Und unten im Saale drängt sich Kopf an Kopf die begeisterte Menge der akademischen Jugend, da blitzen die Uniformen unserer 36er Offiziere und die vielfarbigen Kneipjacken und Mützen aller akademischen Korporationen geben ein Bild vom studentischen Leben, wie man es nur selten zu sehen bekommt. Die Galerie zieren die „Kommilitoninnen" .... Stimmengewirr durchbraust den Saal und übertönt die Klänge der Weberschen Jubel-Ouvertüre — da, drei scharfe Speerschläge, Totenstille tritt ein, der Präsides eröffnet den Kommers und leert sein Glas auf einen weihevollen Verlauf des Abends. In bunter Reihe folgen nun Lieder und Reden."

Die Reden der Ehrengäste — Oberpräsident v. Hegel, Universitätsrektor und Oberbürgermeister — wollen wir uns für heute schenken; sie brachten nur den üblichen patriotischen Ueberschwang. Aber die Lieder, die waren es, die es zum Krachen kommen ließen. Was vor und zwischen den Reden gesungen wurde, verlief noch programmäßig; gleich nach den Reden jedoch wurde das verhängnisvolle Lied angestimmt. Es heißt: Student sein. Das Lied feiert alle schönen Seiten des Studentenlebens und verherrlicht schließlich auch Mensur und Duell. Der auf die Schlägerei bezügliche Vers sollte nun nach einer Verabredung mit den duellgegnerischen Studentenvereinen, um für diesen schönen Abend volle Einmütigkeit zu erzielen, ausgelassen werden. Die teutschen Burschenschafter aber waren durch die forschen Reden in so kriegerische Stimmung geraten, daß sie, **entgegen dem Kommando des Präsiden den verbotenen Vers doch sangen**, und zwar ganz besonders kräftig und begeistert.

Und da war's aus mit der deutschen Einigkeit. Der im Stich gelassene Präsides legte seine Funktion nieder, die duellgegnerische evang. Verbindung Wingolf protestierte, und da noch Beschimpfungen gegen sie fielen, **verließen ihre Angehörigen den Festsaal. Die katholische duellgegnerische Verbindung schloß sich ihnen an** und fast zur selben Zeit verließ auch der Oberpräsident der Provinz, v. Hegel, den Saal, ob wegen der Differenz oder weil er ohnehin gehen wollte, weiß man nicht. Jedenfalls war das Fest gründlich gestört. Die teutschen Burschen versuchten zwar noch, durch einige Lieder die Stimmung der „Hinterbliebenen" wieder zu heben; aber vergebene Liebesmüh, die künstliche Harmonie hatte vollständig der echt deutschen Zerrissenheit Platz gemacht. Einer nach dem andern drückte sich von dieser weihevollen Patriotenfeier, und der bedauernswerte Wirt, der noch teutscher Sitte auf ein feuchtfröhliches Gelage bis früh morgens gerechnet hatte, saß um ½2 Uhr schon vor dem grauen Elend eines leeren Saales.

Der Streik der Binnenschiffer

hat seine Wogen auch nach unserer Stadt geschlagen. Die hier im Hafen liegenden Schiffsfahrzeuge sind von den organisierten Bootsleuten, Maschinisten und Schiffsarbeitern verlassen worden, mit Ausnahme der Fahrzeuge der Firma August Mann, welche den Forderungen der Binnenschiffer entgegengekommen ist.

Alle Bootsarbeit bei den anderen Firmen, die sich den geringen Forderungen entgegenstellen, ist als Streikarbeit zu betrachten. Es werden besonders die Hafenarbeiter darauf hingewiesen, solche Arbeit nicht zu verrichten. Wenn nötig, wird sich noch eine Hafenarbeiter-Versammlung mit dieser Angelegenheit befassen müssen.

* **Schützet die Kinder!** Auf der alten Promenade, in der Nähe des Theaters und am Reichshof, wurde vom Publikum und der Polizei wiederholt wahrgenommen, wie dort Mitte Januar d. J. abends nach 7 Uhr von Kindern im Alter unter 12 Jahren ein „schwunghafter" Handel mit Blumen getrieben wurde. Dies verstößt gegen das Kinderschutzgesetz und gegen die Gewerbeordnung. Gewiß treibt in erster Linie die Notlage Eltern dazu, ihre Kinder in dieser Weise auszubeuten. Einige Male wurde aber festgestellt, daß mit dieser Art Handel eine feine Bettelei betrieben wurde und die unglücklichen Kinder abgerichtet erschienen, ihre Notlage in grellen Farben zu schildern. Durch das Tun wird den Kindern die freie Zeit geraubt und das kindliche Gemüt schlecht beeinflußt. Leider lassen auch Eltern, die es nicht nötig haben, ihre Kinder sich an diesem Handel beteiligen. Und meist sind es Stief- oder Pflegekinder, die in solcher Weise ausgebeutet werden. Nach einer Auskunft der Polizei soll der Handel auf der Promenade derartig organisiert gewesen sein, daß ein Kind zur Beobachtung der Polizei Posten stand, damit die anderen ihre Waren ungestört feilbieten konnten. Zeigte sich ein uniformierter Polizist, dann ergriff alles die Flucht. Schließlich verwendete man Kriminalpolizei zum Einschreiten. Eine Mutter, die ihre vorehelich geborene elfjährige Tochter abends wiederholt auf den Blumenhandel geschickt und trotz Warnung ihr Tun nicht unterlassen hatte, wurde wegen Vergehens gegen die Gewerbeordnung zur Zahlung einer Geldstrafe von 5 Mk. verurteilt.

* **Die Staatlich-Städtische Handwerkerschule** in Halle beginnt den Unterricht im Sommerhalbjahr 1913 Sonntag, den 6. April 1913, vorm. 7½ Uhr, in den Abend- und Sonntagsklassen; Montag, den 7. April, vorm. 9 Uhr, in sämtlichen Tagesklassen. Die Anstalt umfaßt eine Baugewerkschule, eine Maschinenbauschule, eine Tagesklasse für Dekorationsmaler, Lithographen, eine Tagesklasse für Kunsthandwerker (Kunst- und Bauschlosser, Bau- und Möbeltischler, Modelleure), Tagesklassen für Bauhandwerker (Maurer und Zimmerer, Steinmetzen), Abend- und Sonntagsklassen für die verschiedensten Berufe, Lehrwerkstätten für Klempner, Tischler, Holzbildhauer und Bleiverglaser, Kurse für Damen im Alt- und Freihandzeichnen, Aquarellieren, Stilisieren, kunstgewerblichem Fachzeichnen, Modellieren und Schnitzen und in sonstigen kunsthandwerklichen Werkstattarbeiten.

Anmeldungen zu sämtlichen Abteilungen werden von jetzt ab bis zum Beginn des Sommerhalbjahres wochentags von 11 bis 12 Uhr vormittags und bis zum 14. März von 7 bis 9 Uhr abends im Amtszimmer des Direktors, sowie am 3. April von 7—9 Uhr abends im Zimmer Nr. 19 der Handwerkerschule entgegengenommen.

Das Schulgeld beweget sich je nach der Zahl der Stunden zwischen 3 und 30 Mk halbjährlich. Das Schulgeld in der Baugewerkschule beträgt 80 Mk., in der Maschinenbauschule 30 Mk. halbjährlich. Die Zahlung des Schulgeldes hat am 10. und 11. April, abends von 7 bis 9 Uhr, im Zimmer Nr. 16 (Bibliothek) der Handwerkerschule zu erfolgen. Gesuche um Schulgelderlaß sind bis spätestens 1. April an das Kuratorium zu richten. Fortbildungsschulpflichtige junge Leute, die eine weitere Ausbildung im Zeichnen erstreben, werden von der Teilnahme am Zeichenunterricht in der städtischen gewerblichen Fortbildungsschule entbunden, wenn sie mindestens wöchentlich 4 Stunden den Zeichenunterricht der Handwerkerschule besuchen. — Bemerkt wird noch daß bei genügender Teilnahme im kommenden Sommerhalbjahr an der Baugewerkschule die Klasse III durchgeführt wird.

* **Die Unsitte, Frauen beim Auf- und Abladen von Kohle zu beschäftigen,** hat in letzter Zeit öfter zu schweren Unfällen solcher Arbeiterinnen geführt. Ganz kurz hintereinander mußte gemeldet werden, daß beim Aufziehen der Schutzwände an Kohlenloren in mehreren Fällen die damit betrauten Frauen von den herabstürzenden Kohlen verschüttet wurden und schweren inneren Schaden erlitten. In zwei Fällen soll es sich sogar um hochschwangere Frauen gehandelt haben. Anderntteils waren Unfälle zu verzeichnen, bei denen eine Kohlenträgerin mit voller Last eine Kellertreppe hinabstürzte und eine andere auf einem Kohlenwagen, wahrscheinlich infolge Schwächeanfalles, das Gleichgewicht verlor und ebenfalls schwer zu Falle kam. — Leider ist, wie in so manchen anderen Angelegenheiten, gerade wiederum die Stadt Halle der rückständigste Ort, wo die Ausnutzung der weiblichen Arbeitskräfte in den Kohlenhandlungen noch gang und gäbe ist. Die betreffenden Arbeiterinnen lassen tagaus, tagein ihre zum Teil kinderreiche Familie im Stich, um zum Unterhalt derselben mit beizutragen. — Anstatt die überreichlichen Arbeitskräfte der männlichen Personen zu berücksichtigen und sie auch der teuren Zeit entsprechend zu bezahlen, greift der Kapitalismus zu den billigen und in jeder Beziehung auch willigen weiblichen Arbeitskräften. Er schert sich dabei den Teufel um deren Gesundheit und Wohlergehen, sondern nutzt sie, wie die Unfälle zeigen, aus bis zum äußersten. Diesen groben Mißstand zu beseitigen, muß eine der Kulturaufgaben der Arbeiterbewegung sein.

* **Der Transportarbeiterverband,** Zahlstelle Halle, hält am nächsten Sonnabend und Sonntag in den um Halle herumliegenden Vororten Bezirksversammlungen mit gleichlautenden Tagesordnungen ab, zu welchen nicht nur die Mitglieder des Verbandes, sondern auch solche Berufsangehörige, die bisher dem Verband fern standen, willkommen sind. (Näheres ist aus dem Inserat in heutiger Nummer zu ersehen.)

* **Die Salzförderung im Halleschen Oberbergamtsbezirk** hat im 4. Kalendervierteljahr 1912 nicht unerheblich gegen den gleichen Zeitraum im Vorjahre zugenommen. Sie betrug an Steinsalz in 2 (2) betriebenen Werken 108 050 Tonnen 735 Kilogramm (108 065 Tonnen 983 Kilogramm im Vorjahre), an Kalisalz in 53 (47) betriebenen Werken 995 848 Tonnen 983 Kilogramm (992 080 Tonnen 396 Kilogramm), an Speisesalz in 7 (6) betriebenen Werken 33 717 Tonnen 650 Kilogramm (27 556 Tonnen 168 Kilogramm) und an Vieh- und Gewerbesalz 2081 Tonnen 773 Kilogramm (1612 Tonnen 626 Kilogramm).

* **Die städtischen Anlagen beim Gimritzer Gutsgarten** werden zurzeit nicht umwesentlich vergrößert. Vom Gutsgarten wird etwa ein Morgen Land mit schönem gesundem Baumbestand abgetrennt, wozu schon ein neuer Drahtzaun gezogen ist, an dem ein neuer Radfahrerweg entlang führen wird. Der alte Holzzaun fällt weg. Der große Gimritzer Gutspark mit dem Milchgarten, die schöne Saalelandschaft mit Bäumen und Wehr treten dann mehr in den Vordergrund.

* **Stadttheater.** Heute abend findet die letzte Aufführung von Mozarts Don Juan statt. Freitag wird die Operette Der liebe Augustin, Sonnabend Schillers Wilhelm Tell (Schülerkarten an der Tages- und Abendkasse) gegeben. Der Sonntag bringt nachmittags 3 Uhr eine Aufführung der großen Oper Die Afrikanerin in der bekannten Inszenierung nach dem Muster der Wiesbadener Festspiele. Abends Operettennovität, zum 1. Male unter persönlicher Leitung des Komponisten Grigri von Paul Linke. Grigri ist eigentlich eine unmoderne Operette, denn es wird in ihr keine verheiratete Frau untreu und sie spielt weder in Unterhosen noch in Unterröcken. Der Text von Bolten-Bäkers ist aber noch lange kein Trauerspiel, im Gegenteil, es geht ein köstlich frischer, humoristischer Zug durch das ganze Werk. Eine eigene originelle und frohe Musik belebt die Handlung. Die Vorstellung findet bei aufgehobenem Abonnement zu Opernpreisen statt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219130221-18/fragment/page=0006

* **Ein Gastspiel des Zirkus Charles wird**, wie nunmehr feststeht, **am Donnerstag, den 27. d. M., beginnen.** Dadurch gewinnt Halle wieder Gelegenheit, ein großzügig und modern geleitetes Unternehmen allerersten Ranges kennen zu lernen. Charles reist mit zwei Sonderzügen, deren Achsenzahl bereits die 100 übersteigt, er führt mit sich Straßenlokomobilen, transportable Dampfheizanlagen nebst den zur Speisung benötigten Maschinen, er besitzt einen Wagenpark von mehr denn 90 Gefährten, hat seine mit allen Hilfsmitteln des modernen Kaufmanns eingerichteten rollenden Bureaus, eigene Schneiderei, Sattlerei, Tischlerei, Schmiede und Bäckerei, besitzt zwei je 24 Mann starke Musikkapellen, eigene Hausfeuerwehr, Sanitätskolonne, eigene Restaurants und kann sich rühmen, den größten transportablen Zirkusbau zu besitzen, der nur je konstruiert worden ist und der durch die Anlage der oben erwähnten Heizröhren selbst zu dieser frühen Jahreszeit wie während des ganzen Winters es gestattet, die Vorstellungen, wo es auch immer sei, fortzusetzen. Den Zugang zu den über 6500 Menschen bergenden Zuschauerhallen wird eine Prunkfassade von mehr als 30 Meter Front mit über 3500 Glühlampen bilden! Die gesamte Anlage wird auf dem Terrain an der Delitzscher Straße unweit des Hauptbahnhofes errichtet werden, nachdem alle anderen vorhandenen Plätze sich als zu klein erwiesen haben.

* **Unfälle bei der Arbeit.** Ein Laufbursche aus Diemitz fuhr gestern früh auf einem Geschäftsweg vor der Hauptpost mit einem Fahrrade gegen eine Kraftdroschke. Der Bursche kam dabei zu Fall und zog sich eine leichte Verletzung an der Stirn zu. — Der Arbeiter Fuchs war am Güterbahnhof damit beschäftigt, Heu aufzuladen. Dabei kam er so unglücklich zu Falle, daß er sich das linke Bein verstauchte und eine klaffende Wunde am Hinterkopf zuzog.

* **Feuer.** Gestern mittag wurde die Feuerwehr nach Neumarktstraße 12 gerufen, woselbst im 3. Stockwerk ein Stubenbrand abzulöschen war. Ein neunjähriges Kind hatte in Abwesenheit der Eltern mit einem Stock in der Ofenfeuerung gespielt und dann den an der Spitze brennenden Stock auf einen Puppenwagen gelegt, wodurch der Puppenwagen und das Sofa in Brand geraten waren.

* **Gestohlen** wurden am 16. 2. 13 ein dunkelgrüner Ulster mit großen Aufschlagtaschen und großen dunklen Hornknöpfen, an der linken Innentasche das Monogramm „K. S." aus hellblauer Seide; am 17. 2. 13 ein fast neuer, schwarz- und graugestreifter Winterüberzieher, für mittlere, schlanke Figur passend, mit dunkelgrauem Futter, schwarzem Sammetkragen, schwarzem Aermelfutter mit weißen Streifen, schwarzen Hornknöpfen, graublauen Taschen und Stoffaufhänger, hinten ein Schlitz, der wenig eingerissen war und wieder zugenäht ist.

* **Diebstahl.** In der Nacht zum 11. Februar wurde in der Kandiszuckerfabrik von Gerhardt in Zörbig eingebrochen. Der Polizeihund Seppl der Polizeiverwaltung Halle wurde sofort herbeigerufen; es gelang ihm, die Spur des Einbrechers bis in dessen Wohnung zu verfolgen. Bei der Haussuchung wurden beträchtliche Mengen Zucker, Kakao, Haselnußkern, Pfeffermünz, sowie 40 leere Zuckersäcke vorgefunden und beschlagnahmt. Der Täter, der noch mehrere gleichfalls ermittelte Mitschuldige hat, ist geständig.

Rietleben. Abgestürzt ist am letzten Mittwoch vormittag von der Umkuppelungsstation über den Schachtöfen der Halleschen Portland-Zementfabrik der Arbeiter Rudloff, wohnhaft Halle, Gr. Wallstraße 4. Der Verunglückte wurde sofort mittels Krankenwagen nach dem Krankenhause geschafft.

Liestau. Gleiche Ursachen — große Wirkung. Die Einwohnerschaft unseres Ortes wurde am Dienstag nachmittag so in Aufregung gesetzt, daß man glauben mußte, eine Revolution wäre ausgebrochen. Es wurde die Nachricht verbreitet, die Sozialdemokraten halten heute abend in Immerts Gasthof eine Versammlung ab. Das wäre ja aber auch zu schrecklich gewesen für ein Lokal, in welchem der Militär- und Kriegerverein seinen Sitz hat!

Die Ursache zu dem erschröcklichen Gerede gab eine vom Fabrikarbeiterverband einberufene Zusammenkunft aller in den Tongruben beschäftigten Arbeiter. In Immerts Gasthof sollte der Treffpunkt sein. Es handelte sich aber nur um eine rein gewerkschaftliche Angelegenheit.

Schon seit 4 Uhr nachmittags war nun die Gendarmerie rührig tätig; eine Tongrube nach der andern wurde inspiziert — jedenfalls um die Stimmung zu studieren und geeignete Vorkehrungen treffen zu können. Aber nichts bot irgendeinen Anlaß zum Eingreifen. So wie alle Tage wurde die Arbeit verrichtet. Und trotzdem war alles in Aufregung, um den heiligen Profit der Unternehmer zu schützen; angebrachter wäre es sicherlich gewesen, wenn man sich über die dort in manchen Betrieben bezahlten Hungerlöhne — Hungerlöhne im wahrsten Sinne des Wortes — aufgeregt hätte. Jugendliche Arbeiter von 18 Jahren erhalten 17 Pf. Stundenlohn, ja sogar 15 Pf. werden stellenweise nur gezahlt. Verheiratete Arbeiter zahlt man 25 bis 27 Pf. und der Höchstlohn ist 30 Pf. Man bedenke: 1½ Stunden von der Großstadt Halle. Einzelne Familienväter mußten in letzter Zeit nach 14 Tagen schwerer Arbeit, mit 15 bis 16 Mark fürlieb nehmen.

Ist es nicht geradezu eine Kulturaufgabe der gewerkschaftlichen Organisation solche Löhne auf eine menschenwürdige Höhe zu bringen? Aber gerade das sollte ja mit allen den angewandten Mitteln verhindert werden. — Deshalb müßte für die millionenschweren Unternehmer die Polizeigewalt alarmiert werden, um die Aufklärungsarbeiten der Organisation unmöglich zu machen, was ihnen aber glücklicherweise trotz alledem nicht geglückt ist. Den Arbeitern rufen wir aber zu: hinein in die Organisation, das seit ihr auch eurer Familie schuldig.

Osmünde. Genossenschaftliches. Am Sonntag unterzog sich die Verwaltung des hiesigen Konsumvereins der Mühe, eine Mitglieder-Frauenversammlung einzurufen, die von einem guten Erfolg gekrönt war. Nachdem der Vorsitzende, Genosse Pötzel, die Frauen begrüßt hatte, nahm der Geschäftsführer, Genosse Hentze, das Wort, um in der sachlichsten und verständlichsten Weise den 200 erschienenen Frauen Aufklärung über die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit des Bestehens der Konsumvereine zu geben. In seinem Vortrage betonte er den Vorteil des Verbrauchs der Eigenprodukte, des eigenen Vereins und der Großeinkaufsgesellschaft. Er appellierte an unsere Frauen mit der Bitte, beim Einkauf möglichst solche Waren zu berücksichtigen, die in den Betrieben der Arbeiterorganisationen hergestellt werden.

Nach dem Vortrage nahmen die Frauen die Besichtigung einer reichhaltigen Warenausstellung vor, wobei die Verwaltung reichlich Aufklärung gab. In einer Kaffeepause ließ der Verein ein Gebäck aus der eigenen Bäckerei frei servieren. Der Geschäftsführer ermahnte zum Schlusse alle Anwesenden nochmals, tüchtig für die gute Sache des Vereins mitzuarbeiten.

Könnern. Sozialdemokratischer Verein. Am Sonnabend, den 22. Februar, abends 8 Uhr, findet im Bürgergarten zu Könnern die Versammlung der Mitglieder des Sozialdemokratischen Vereins statt. Da in dieser über die Beschlüsse des Preußentags der Genosse Reiwand-Halle referiert, und auch sonstige wichtige Vereinsangelegenheiten geregelt werden sollen, ist ein recht starker Besuch erwünscht.

Mucrena. Der Sozialdemokratische Verein, Distrikt Beesenlaublingen, hält am 28. Februar, abends 8 Uhr, eine gemeinschaftliche Sitzung mit dem Distrikt Alsleben im Fährhof in Mucrena ab. Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ersucht Der Distriktsführer.

Aus den Gerichtssälen.

Kriegsgericht der 8. Division.

Wegen Achtungsverletzung vor versammelter Mannschaft und anderer Vergehen stand ein Reservist, der bei dem Artillerie-Regiment Nr. 55 in Naumburg gedient hat, unter Anklage. Als der Beschuldigte am 30. August v. J. mit 20 Kameraden nach dem Scheibenbaustand marschierte, soll die Abteilung, in der er sich befand, viel zu schnell und wie eine Hammelherde gelaufen sein. Der Gefreite kommandierte: „Nicht so schnell!" Bei dem nunmehr eintretenden langsameren Tempo geriet der angeklagte Kanonier aus Reih und Glied; er wurde von einem Hintermann mit einem Stein geworfen und Bauer genannt. Darüber in große Erregung geraten, versetzte er einem Kameraden mit seinem Handbeil einen heftigen Stoß gegen den Rücken. Nunmehr schritt der Sergeant ein und gebot Ruhe. Dabei verantwortete sich der Angeklagte wiederholt und verließ seinen Platz. Er verlangte, daß derjenige gemeldet werde, der ihn mit dem Stein geworfen habe. Der Angeklagte sagte, er sei auch besonders deshalb sehr erregt geworden, weil der Sergeant gesagt habe: „Halt die Schnauze." Beantragt wurden gegen den Angeklagten zwei Monate Gefängnis; erkannt wurde auf sieben Wochen solcher Strafe, da sich der Angeklagte sehr renitent gezeigt habe.

Gewerbegericht.

Wer ist der Unternehmer? Der Maurermeister Ketscher hat von der Stadt Kanalarbeiten am Klausberg übernommen und den Unternehmer Petrick mit Schießarbeiten in Akkord betraut Letzterer engagierte den Bergmann Rübsamen und entließ ihn eines Tages plötzlich, da Kündigung in dem Betriebe nicht üblich sei. R. verlangt nun 18 Mk. sog. Metergeld (Zuschuß) und Lohn für kündigungslose Entlassung von Petrick. Zu der Verhandlung erschien Maurermeister Ketscher als Zeuge, der selbst zugab, Unternehmer zu sein und sich für ungerechtfertigte Handlungen Petricks verantwortlich erklärte. Allerdings bestritt er, daß R. ungerechtfertigt entlassen sei. Erstens sei Kündigung im Betriebe nicht üblich und zweitens habe Kläger sich bei der Arbeit so viel „erzählt", daß Akkordarbeiter mit ihm nicht mehr hätten zusammen schaffen wollen. Demgegenüber erklärte der Kläger, mit ihm sei über die Arbeitsdauer nichts vereinbart worden, also gelte die 14tägige Kündigungsfrist. Andere Arbeiter hätten bei Herrn Ketscher unterschrieben, daß Kündigung nicht bestehe, er habe aber nichts unterschrieben. Petrick richtete seine Klage dann in der Verhandlung gegen Ketscher. Das Gericht sah ihn als Unternehmer an und verurteilte ihn auch zur Zahlung des geforderten Betrages von 74,70 Mk. Nach der Urteilsverkündigung tat jener Unternehmer sehr verwundert darüber, daß er zur Verhandlung als Zeuge erschienen und nun als Verurteilter das Gericht verlassen müsse. Es wurde ihm klar gemacht, daß die Verhandlung durchaus ordnungsgemäß erledigt sei. Zeuge habe sich selbst als Unternehmer erklärt und alle Unternehmerpflichten (Kleben der Marken 2c.) übernommen. Die sofortige Haftbarmachung des Unternehmers Ketscher in der Verhandlung sei zulässig gewesen und deshalb sei wie geschehen erkannt worden.

Stadt-Theater.

Romeo und Julia, dieses unvergleichlich herrliche Liebeslied, an dem „die Liebe selbst hat arbeiten helfen", entflammte und erschütterte am Donnerstag wieder die Herzen der Jugend, die in der Hauptsache die Theaterbesucher stellte. Besonderes Interesse galt noch einem Gastspiel: Berta Gast vom Stadttheater in Straßburg trat in der Rolle der Julia als Bewerberin für das Fach der jugendlich-dramatischen Heldin auf. Berta Gast ist — ihr frisches, anmutiges Spiel in der wunderbar reizvollen Liebesszene in Capulets Garten ließ das sogleich erkennen — eine intelligente Künstlerin, die auch von ihren Gaben den rechten Gebrauch zu machen weiß. Tiefe Innerlichkeit und glutvolle Leidenschaft zu vermitteln, scheint ihr indes weniger gegeben zu sein. Ein etwas harter Beiklang ihrer sonst nicht unsympathischen Sprechweise verstärkte diesen Eindruck. Für ihre schauspielerische Intelligenz und Befähigung spricht aber, daß sie das Wesen der Julia durchaus richtig erfaßt hatte und auch der Wandlung von der unberührten Mädchenkeuschheit zum seiner Liebe alles opfernden Weibe überzeugenden Ausdruck zu geben vermochte. Ob sie allerdings ihrer Kunst noch jene Reife und Tiefe zu geben vermag, die zu Herzen dringt, darüber läßt dieses erste Gastspiel ein Urteil nicht zu. — Rudolf Rieth war ein Romeo voller Leidenschaftlichkeit, dessen Gefühlsausbrüche, mochte er nun himmelhoch jauchzen oder „zum Tode betrübt" sein, immer echt wirkten. Albert Friedrich war in der aufbrausenden Heftigkeit des südländischen Temperaments ein echter Capulet, und auch Grete Höcker verlieh der Gräfin Capulet alle sympathischen und unsympathischen Züge. Den Benvolio gab Walter Fahrenbach schlicht und natürlich, und das fröhliche Wesen des Mercutio wurde von Hans Hofer trefflich verkörpert; die schöne Erzählung von der Feenkönigin hätte man sich allerdings zarter, feiner, lebendiger vorgetragen wünschen mögen. Köstlich war Marie Brandow als Amme, ein prächtiger alter Mönch und wahrhafter Christ der Bruder Lorenzo Walter Siegs. Als Prinz von Verona waren Karl Scholling, als Graf Paris Willi Braune, als Tybald Otto Patry und als Peter Karl Stahlberg am rechten Platze. — Die beachtenswerte Aufführung war nicht zuletzt das Verdienst Walter Siegs, der die Shakespearsche Dichtung stilvoll und prächtig inszeniert hatte; nur in Capulets Garten störte ein weißgedeckter Tisch die Schönheit des Bildes und damit die Stimmung empfindlich . . .

Volkswirtschaftliches.

Eine Wertsteigerung von mehr als 200 Prozent.

Die Preissteigerung der landwirtschaftlichen Produkte treibt die Güterpreise immer mehr in die Höhe. Nach Mitteilung des Grundstückmarktes haben vor etwa acht Jahren die Erben des Ruttergutsbesitzers Pohl das Gut Sczodrowo im Kreise Kosten für 300 000 Mk. an einen Herrn Schulz verkauft. Vor drei Jahren verkaufte Herr Schulz das Gut durch Vermittlung eines Herrn Hartmann an den Polen Speickert für 750 000 Mark und jetzt hat es der Gutsbesitzer Alfred v. Chlapowski-Chlapowo auf Bonikowo, Kreis Kosten, für zirka 950 000 Mk. erstanden. Der Preis des Gutes ist also innerhalb acht Jahren um mehr als 200 Prozent gestiegen.

Letzte Nachrichten.

Die französische Presse über die neuen Rüstungspläne.

Paris, 20. Februar. In der radikalen Presse wird der Widerspruch gegen den Gedanken an die Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit immer lebhafter. — So schreibt der Evénement: Die Kammer, die gewiß zu allen Opfern bereit **ist und alle Kredite sowie alle Bestimmungen zur Verstärkung der Kavallerie bewilligen wird, wird die Wiederherstellung der dreijährigen Dienstzeit, die das Parlament vor einigen Jahren einstimmig abgelehnt hat, ablehnen.**

Die Lanterne erklärt: **Um die Mannschaftsbestände in Friedenszeiten zu verstärken, gibt es andere weniger drückende Mittel als die Rückkehr zur dreijährigen Dienstzeit.**

Der gemäßigt-republikanische Deputierte Charles Benois erklärte einem Berichterstatter, er sei der Ansicht, daß die gegenwärtige Haltung Deutschlands weniger eine Drohung gegen Frankreich als eine Vorsichtsmaßregel gegen die panslavistische Bewegung bilde.

Es gärt in Indien!

Kalkutta, 20. Februar. Die Gärung, die der Balkankrieg unter der mohammedanischen Bevölkerung verursacht hat, dauert unverändert fort, und die anglo-indische Presse weist auf die Leidenschaft der Reden hin, die hier gehalten werden, sowie auf die Tendenz, einen Boykott zu veranstalten. Ein gemäßigtes bengalisches Blatt sagt, die Lage fange an, ernst zu werden, da die Hindus extremster Richtung sich die Erregung der Mohammedaner zunutze machten, und ermahnt die Regierung, Versammlungen zu verbieten, in denen der Krieg erörtert werde. Andernfalls, so sagt das Blatt, werde die Bewegung dieselbe Entwicklung wie die Bewegung der Hindus nehmen.

Madero wird abgeschoben.

Mexiko, 20. Februar. Die Vorbereitungen zur Ueberführung von Madero und Suarez mit ihren Familien nach Veracruz, wo sie auf Dampfern nach Europa gehen sollen, waren um Mitternacht beendet. Fast zur gleichen Zeit wurde ihre Abdankung im Kongreß verlesen.

Brandkatastrophe in Japan.

Tokio, 20. Februar. In dem Bezirke Kanda in Tokio ist heute früh Feuer ausgebrochen. Hunderte von Häusern sind niedergebrannt.

Die beliebtesten Marken der Margarine-Industrie

Lorbeerkrone

Hervorragendste, unübertroffene, buttergleiche Sahnen-Margarine.

Siegerin Allerfeinste Süßrahm-Margarine, im Geschmack der Molkereibutter am nächsten.

Palmato Pflanzenbutter-Margarine von größter Butterähnlichkeit und feinstem Nußgeschmack.

Ueberall erhältlich.

Alleinige Fabrikanten: A. L. Mohr, G. m. b. H. Altona-Bahrenfeld.

7822*

Kleiderstoffe weiß, schwarz, bunt, Unterröcke weiß und bunt 6342 :: Korsetts :: Handschuhe :: Strümpfe :: kaufen Sie nur gut u. billig bei M. Gottheil, Gr. Klausstr. 9 (Ecke Olearusstr.).

Die Rechte u. Pflichten des Mieters. Preis 20 Pfennig. Zu beziehen durch Volks-Buchhandlung.

Standesamtliche Nachrichten

Halle-Süd (Steinweg 2), 19 Febr.

Aufgeboten: Stellmacher Lehmann u. Margarete Beige (Anhalterstr. 6 u. Kl. Brauhausstr. 10). Arbeiter Kremling u. Berta Brandenberger (Schimmelstr. 4). Dekonom Rosenbusch u. Gertrud Hoyer (Hannover u. Landsbergerstr. 52). Postassistent Runge und H. Koch (Halle u. Schafstädt). Arbeiter Overhau und Paula Schönbrodt (Braunschweig). Eisenbahnwagenwärter Trende u. E. Schwanebeck (Halle und Charlottenburg). Malerpolier Kerner u. H. Nau (Berlin u. Halle).

Eheschließung: Kutscher Walther u. Lina Maurer (Merseburgerstraße 156).

Geboren: Heizer Schade T. (Herrenstraße 23). Fleischer Wetzel S. (Großer Berlin 6). Stellmach. Tzschappe T. (Große Schloßgasse 11).

Gestorben: Händler Wahl aus Börrstadt, 20 J. (Klinik). Aufsehers Großler aus Groitzschen S., 14 J. (Bergmannstrost). Arbeiters König aus Arien Ehefrau, Alwine geb. Tesch, 54 J. (Klinik). Wwe. Richter, Auguste geb. Taufmann aus Döllnitz, 69 Jahre (Bergmannstrost).

Halle-Nord (Gr. Brunnenstr. 3a) 19. Februar.

Eheschließung: Sergeant Waldau und Anna Behre (Halberstadt und Herderstraße 5).

Gestorben: Arbeiters Günther S., 1 Mon. (Trothaerstraße 80). Ingenieurs Dietrich aus Merseburg Ehefrau Elisabeth geb. Otto, 35 J. Arbeiters Grimm Tocht., 2 Mon. (Triftstraße 23).

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219130221-18/fragment/page=0007
DFG

Putze mit **Henkel's Bleich-Soda.** *2283

! Abbruch !

Neue Promenade 12, Hof wegen Räumung d. Platzes sofort billig zu verk.: 10000 Mauersteine (kl. Format), **Brennholz,** Korridortüren, Fenster, Granitstufen und versch. mehr.
*2293 **G. Lindner.**

Langnese- u. Leibniz-Biskuits empf. stets frisch zu Originalpreisen **Carl Boock,** Brettestraße 1, Marktplatz, l. Turm, u. Leipzigerstraße 61/62. 6328

Rossfleisch.

Diese Woche wieder ff.
Alles übrige wie bekannt nur delikat bei
A. Thurm,
Reilstrasse 10. 2513

Zur Konfirmation!
Solide Familien erhalten sämtliche Wäscheartikel, Kleiderstoffe, Paletots, sowie fertige Konfirmanden-Kleider auch auf 6185
Teilzahlung bei
Friedrich Gronau,
Barfüßerstraße 16.

Pflaumen-Mus
gar. rein, mit Raffinade, à ℔ 25 ₰, 6331 empfiehlt:
F. H. Weber, neben Walhalla

Gelegenheitskauf!
Komplette **Wohnungs-Einrichtung** für **885 Mark:** **echt Eiche,** Speisezimmer, elegantes Schlafzimmer, Kücheneinrichtung, Flurtoilette (echt Eiche), verkauft 6327
Friedrich Peileke,
Geiststraße 25.

Roßschlächterei

Artur Holland, Torstrasse 43.
Telephon 3171.
Prima Roßfleisch
à Pfd. 40 u. 45 Pfg.
Lende und Leber, Pfd. 55 Pfg.
5629 Von heute ab:
Leber- und Rotwurst (polnisch).

1000 M. sichere 2. Hypoth. ges. Off. unter **V. H. 218** an die Exped. dies. Bl. erb. 6321

Markttaschen
von **20** Pfg. an.
Hugo Nehab
Nachf.
jetzt
Gr. Ulrichstr.
3
(früher „Neues Theater").
Auf Firma und Hausnummer bitte genau zu achten.
Mitglied des Rab.-Spar-Ver.
5 % Rabatt. 6065

Extrabilliger Verkauf von
Weißen Waren

Damen-Hemden, Nachtjacken, Beinkleider, Nachthemden, Kinder-Hemden, Bettbezüge, Bettücher, Hemdentuche, Linons und Renforcé, Leinen u. Halbleinen, Frottierwäsche, Stickereien, Stickerei-Röcke, Untertaillen, Taschentücher, Handtücher, Tischtücher, Servietten, Bettdecken, Gardinen, Stores, Vitragen

zu

bedeutend herabgesetzten Preisen.

Bitte Schaufenster-Auslage zu besichtigen. 6348

M. Schneider.

Allgemeiner Konsum-Verein
für Halle a. S. und Umgegend.

Wir empfehlen:

Frische grüne Heringe

6344 per Pfund **10** Pfg.

Hochfeinste **Cervelat- u. Salamiwurst** Pfund **128** Pf.

Pa. magerer **Schinkenspeck** Pfund **118** Pf.

Freitag — Sonnabend:
Cassler Rippespeer mild gesalzen Pfund **98** Pf.

F. H. Krause.
6369

Baupolizei-Verordnung
für das platte Land
des Regierungsbezirks Merseburg.
Preis 60 Pfg. Porto 5 Pfg.
Zu beziehen durch
Volksbuchhandlung.

Fieber- und Bade-Thermometer.
F. Hellwig, Chirurgie-Instrumente, Bandagen. *1294
Halle a. S., Barfüßerstraße 10.
Artikel zur Krankenpflege.
Fernruf 2820. Gegr. 1831.
Ältestes Spezialgeschäft am Platze.

3000 Mark
zu 10% Zinsen, auf 2 Jahre fest, für rentables Unternehmen von Parteigen. zu leihen gesucht. Gefl. Offerten unter **V. H. 218** an die Exped. ds. Bl. erbeten. *2278

Freitag: 2514
Schlachtefest.
R. Fronne, Liebenauerstraße 5.

Freitag 2518
Schlachtefest.:
Fr. Peters, Blumenthalstraße 27.

Merseburg.
*779 Heute Freitag
Schlachtefest
bei Rich. Tepper, Neumarkt 45.

Arbeitsmarkt

Offene Stellen aller Berufe enthält stets die Zeitung: **Deutsche Bakanzen-Post,** Eßlingen 156. *1903.

Schlosser-Lehrling *2291
gesucht **Prinzenstr. 19.**

Wohnungs-Anzeigen

Kl. saub. möbl. Stube, mit Kaffee Woche 3.50 ℳ Harz 17, l. l. 6328

Führer durch das Mietsrecht.
Gemeinverständliche Erläuterungen des gesetzlichen und vertraglichen Rechts.
Von
Arbeitersekretär M. Güldenberg.
Preis 40 Pf., Porto 5 Pf.
Zu beziehen durch die
Volks-Buchhandlung
Halle a. S., Harz 42/43.

Leih-Institut
für Gehrock-, Frack-, Smoking-Anzüge, Paletots und Zylinder.
Herm. Leirich, Mittelstr. 19.
— Fernruf 3501. — 5281

1 Pianino ist billig zu verkaufen
6279 **Geiststrasse 25.**

Pflaumen-Mus
in neuen guten Gebinden

br. co. 10 Pfd.	Emaille-Eimer	M.	2.—
„ „ 10 „	Emaille-Kochtopf	„	2.20
„ „ 10 „	Emaille-Ringtopf	„	2.30
„ „ 10 „	Em.-Kaffeekanne	„	2.30
„ „ 10 „	Em.-Excentriger	„	2.30
„ „ 22 „	Emaille-Eimer	„	4.25
„ „ 26 „	Emaille-Wanne	„	5.80
„ „ 56 „	Emaille-Wanne	„	10.25
„ „ 34 „	Em.-Küchenschüsselbecken	„	6.75
„ „ 19 „	Em.-Schmortopf	„	4.50
„ „ 34 „	Em.-Schmortopf	„	6.75

Wirklich guter Kunsthonig

br. co. 10 Pfd.	Emaille-Eimer	M.	2.50
„ „ 10 „	Emaille-Kochtopf	„	2.70
„ „ 10 „	Emaille-Ringtopf	„	2.80
„ „ 10 „	Em.-Kaffeekanne	„	2.80
„ „ 34 „	Emaille-Eimer	„	7.80
netto 50 „	Holzkübel	„	12.25

Versand ab Magdeburg mfr. grp. Nachnahme.
H. Henkelmann, Magdeburg 35 *1962

I. Hallesche Rinder-Schlächterei.
— Einziges Spezial-Geschäft am Platze. —
Inhaber: Richard Hummel, *902
nur Magdeburgerstr. 23 (vis-à-vis Walhalla),
empfiehlt **Tag** bestes Rindfleisch **Tag**
ohne Knochen 85—95 Pfg., mit Knochen 75 bis 80 Pfg., Gehacktes 80 Pfg.

Billiger Verkauf!

Um jedermann Gelegenheit zu bieten, sich billige Hosen zu beschaffen, offeriere 6326

über 2000 Stoffhosen.

Serie I	Serie II	Serie III
Männerhose in dunklen Mustern glatt u. gestreift Stück jetzt nur **1.45** Mk.	**Männerhose** in den feinsten u. vornehmsten Modemustern Stück jetzt nur **1.85** Mk.	**Männerhose** in den neuesten Großstadtmustern Stück jetzt nur **2.45** Mk.

Bitte: der Ueberzeugung halber, die Auslagen meiner Schaufenster zu besichtigen.
Trotz der Ausnahmepreise noch 5% Rabatt.

Ernst Renner
Nur 14 Marktplatz 14.

TAG-Zigaretten
(zu 2, 2½, 3, 4, 5 Pfg. das Stück)

sind von guter Qualität und feinstem Aroma. Sie werden hergestellt von organisierten Tabakarbeitern, die infolge der arbeiterfeindlichen Steuerpolitik in Deutschland brotlos wurden und sich daher andere Arbeitsgelegenheit suchen mußten. Bei der Fabrikation wird, getreu dem Grundsatz, daß für den Arbeiter das Beste gerade gut genug ist, auf Verwendung nur guter Rohmaterialien streng geachtet. Partei- und Gewerkschaftsgenossen, übt Solidarität! Unterstützt unsere junge Genossenschaft, indem ihr überall nur **TAG-Zigaretten** verlangt.

Mit genossenschaftlichem Gruß! *2206

Tabakarbeiter - Genossenschaft
e. G. m. b. H.
Zigaretten-Fabrik TAG, Stuttgart.

Empfehle **täglich** frisch:
Rot-, Leber- und Knackwurst
sowie **feinste Servelatwurst** nach hausschl. Art, ausserdem *2292
jeden Morgen **warmes Pökelfleisch** u. abends **warme Knoblauchwurst**
Paul Bauermann, Marktplatz 20.
Tel. 1293.

Zur Anfertigung **feiner Herren-Garderobe**
2521 und **Damen-Kostüme** nach Maß empfiehlt sich
Otto Bartelt, Hallorenstrasse 1c, I, l.
Grosses Lager deutscher und englischer Stoffe.

Licht ist Macht.
Wie schütze ich mich vor zu starkem Familienzuwachs?
Die Verhütung der Konzeption auf gesunde Art.
Preis (mit Anhang) **50** Pfg., (ohne Anhang) **30** Pfg.

Kindersegen und kein Ende.
Ein Wort an denkende Arbeiter
p. Fritz Brugbacher, Arzt i. Zürich.
— **Preis 30 Pfg.** —
Porto: einzeln 5 Pfg., zusammen 20 Pfg.
Zu beziehen durch die
Volks-Buchhandlung.

Güterhalt. Grammophon und ein Kinderwagen sofort billig zu verkaufen. Salzstrasse 6 III, l. 6322

Studentenmütze,
Cerevis, verl. Geg. Belohn. bitte abzugeben **Harz 40 pt. l.** 6324

Am Dienstag, 18. Februar, abends 9½ Uhr verstarb nach schwerem Leiden meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Tochter, Schwester und Schwägerin
Klara Hesselbarth geb. Langhols,
im Alter von 28 Jahren.
Dies zeigt namens der trauernden Hinterbliebenen mit der Bitte um stilles Beileid an
Otto Hesselbarth.
Merseburg, 19. 2. 1913.
Die Beerdigung findet Freitag nachmittags ½5 Uhr von der Kapelle des Altenburger Friedhofes aus statt. *2289

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191302 21-18/fragment/page=0008

2. Beilage zum Volksblatt.

Nr. 44 Halle (Saale), Freitag den 21. Februar 1913 24. Jahrg.

Die rumänisch-bulgarische Frage.

Die Verhandlungen über die zwischen Bulgarien und Rumänien bestehenden Differenzen wollen nicht vom Flecke kommen. Welche große Bedeutung dem Konflikt beizumessen ist und welche Gefahren ihm, trotz der Beschwichtigungsdepeschen, immer noch innewohnen, erhellt am besten aus dem Eifer, mit dem die Großmächte zwischen den beiden Staaten zu vermitteln suchen. In Sofia teilten die Gesandten der Großmächte dem Ministerpräsidenten Geschow mit, daß ihre Regierungen den Vorschlag Greys angenommen haben, die Regelung den Großmächten zu übertragen. Gleiche Schritte haben die Gesandten in Bukarest unternommen. Keine der beiden Regierungen hat darauf bis jetzt eine Antwort erteilt.

Ein rumänischer Ministerrat wird zu dem Vorschlag der Mächte Stellung nehmen. — Am Mittwoch hat die rumänische Regierung eine Note an die bulgarische gerichtet, in der sie das bulgarische Angebot als ungenügend ablehnt. Infolge dringenden Anratens der Mächte dürfte Rumänien aber, wie die Köln. Ztg. meldet, vorläufig von der Ergreifung äußerster Maßnahmen absehen.

Die Türkei und die Großmächte.

Konstantinopel, 19. Febr. Die diplomatische Aktion schreitet nicht vorwärts. Zwischen der Auffassung der Großmächte und der Haltung der Pforte bleibt Adrianopel der Hemmschuh zur Einigung. Hakkis Londoner Aufenthalt hat die Nachgiebigkeit der Pforte eher verstärkt. An eine solche über die Antwortnote hinaus ist jedoch nicht zu denken. Dem jungtürkischen radikalen Flügel geht diese Nachgiebigkeit des zurzeit mit der Regierung betrauten rechten Flügels schon zu weit. Sobald diese radikale Richtung ans Ruder kommt, ist an einen Friedensschluß überhaupt nicht zu denken.

London, 19. Februar. Der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amte Nicolson hat den türkischen Botschafter davon verständigt, daß, falls die Pforte den Ratschlägen der Mächte Rechnung trage und ihre Vorschläge annehme, die Mächte mit den Balkanstaaten wegen der Friedensverhandlungen Fühlung nehmen würden.

Konstantinopel, 20. Februar. Es verlautet, Hakki Pascha habe der Pforte telegraphisch mitgeteilt, seine erste Unterredung mit dem Staatssekretär Grey lasse durchblicken, daß die Wiederaufnahme der Verhandlungen auf Grundlage der türkischen Antwortnote unmöglich sei. Die Pforte werde Hakki Pascha neue Weisungen übermitteln.

Die Geldnot der Türkei.

Konstantinopel, 19. Februar. Der Finanzminister ist seit vier Tagen nicht im Ministerium erschienen, was zu dem bisher nicht bestätigten Gerücht von seiner Demission und der bevorstehenden Ernennung Djavid Paschas zu seinem Nachfolger Anlaß gegeben hat. — Da noch kein Vorschußgeschäft abgeschlossen worden ist, verschob die Regierung neuerlich die Auszahlung der Dezembergehälter der Beamten. Die Regierung studiert unausgesetzt Projekte zur Erhöhung der Einnahmen des Schatzes.

Die Landung türkischer Truppen bei Scharköj.

Konstantinopel, 20. Februar. Nach Berichten von Augenzeugen über die Ereignisse bei der Landung bei Scharköj sind diese Versuche vollkommen geglückt. Die Bulgaren wurden unter beträchtlichen Verlusten zurückgeschlagen. Die Verluste der Türken an allen drei Kampftagen, am 8., 9. und 10. Februar, betrugen nur 17 Tote und 53 Verwundete. Die Wiedereinschiffung der Truppen erfolgte auf Befehl aus Konstantinopel ohne Belästigung durch die Bulgaren. Auch stellen sich die bulgarischen Meldungen über die Kämpfe bei Bulair als stark übertrieben heraus, da die Bulgaren nirgends an Terrain gewonnen haben. — Das Gerücht über die Einnahme zweier Forts von Bulair bestätigt sich nicht. — Aus Gallipoli und Bulair wird starker Schneefall gemeldet. Mehrere Personen sollen erfroren sein.

Konstantinopel, 20. Februar. Enver Bei ist zum Generalstabschef des auf Gallipoli operierenden zehnten Armeekorps und der frühere Marineminister Hurschid Pascha zum Kommandanten von Gallipoli ernannt worden.

Gewerkschaftliches.

Arbeiter und Unternehmer im Holzgewerbe zu dem Schiedsspruch.

Es ist dem diesmaligen Schiedsspruch des Frhrn. v. Berlepsch, der übrigens nur einen Teil der vorliegenden Differenzen beseitigt, nicht besser ergangen, wie es meistens in solchen Fällen geht: Keine Partei ist von dem Inhalt befriedigt. Schon auf den Städtekonferenzen, die sowohl der Arbeitgeberschutzverband wie auch der Holzarbeiterverband unmittelbar im Anschluß an die Verhandlungen abhielten, machte sich die Opposition gegen den Schiedsspruch recht lebhaft bemerkbar. Während aber bei den Arbeitern am Schlusse ihrer Beratungen die organisatorische Disziplin über einzelne Sonderwünsche siegte und der Schiedsspruch eine Mehrheit fand, zeigte sich bei den Unternehmern die geringere Einsicht, denn bei ihnen fand sich keine Mehrheit für den Schiedsspruch. Ein beträchtlicher Teil der Unternehmervertreter übte Stimmenthaltung, so daß es zur Ablehnung des Schiedsspruches kam.

Die eigentliche und definitive Entscheidung über Annahme und Ablehnung des Schiedsspruchs lag verabredungsgemäß nicht bei den Vertreterversammlungen, sondern bei den Mitglieder-Versammlungen der einzelnen Vertragsstädte. Die Berichte über diese Versammlungen weisen wiederum ein sehr verschiedenes Bild auf. Die Mitglieder des Holzarbeiterverbandes haben zwar auch hier ihrer Unzufriedenheit über die unzulänglichen Zugeständnisse, die ihnen der Schiedsspruch bringt, in beredten Worten Ausdruck verliehen, aber es hat sich doch eine starke Mehrheit für dessen Annahme erklärt. An einzelnen Orten betrug diese Mehrheit bei sehr starker Beteiligung an der Abstimmung nur einige Dutzend Stimmen, so in Dresden, Erfurt, Halle, Hannover, Höchst, Stettin usw. Abgelehnt wurde der Schiedsspruch aber nur in den Versammlungen in Danzig, Kattowitz, Stargard und Steglitz.

Demgegenüber haben die Unternehmer bei den örtlichen Abstimmungen das gleiche Schauspiel der Zerfahrenheit geboten wie auf der Städtekonferenz. Soweit bis jetzt aus Zeitungsmeldungen und anderen Mitteilungen bekannt geworden ist, hat sich in Berlin, Düsseldorf, Köln, Leipzig, Görlitz, Hildesheim, Krefeld, Magdeburg und München eine Mehrheit für den Schiedsspruch gefunden, während aus Amberg, Greifswald, Höchst, Erfurt, Luckenwalde, Posen, Spandau und Zeitz die Nachricht von der Ablehnung des Schiedsspruches durch die Unternehmer vorliegt. Die Kölnische Zeitung bringt am 16. Februar eine zweifellos aus Unternehmerkreisen stammende Notiz, wonach der Schiedsspruch von der Mehrheit der Unternehmer bei den örtlichen Abstimmungen angenommen sei, und fügt hinzu, daß in den 22 Orten, in denen der Schiedsspruch von den Unternehmern abgelehnt sei, Einzelkämpfe kaum zu vermeiden sein würden.

Die Holzarbeiter werden sich hübsch dafür bedanken, daß der Arbeitgeberschutzverband erst große Tarifbewegungen mit allgemeiner Aussperrungsandrohung inszeniert und sich dann später, wenn er seine Rolle nicht zu Ende führen kann, damit auszureden sucht, daß in diesem oder jenem Ort Einzelkämpfe zu erwarten seien. Wenn er erst wieder so weit kommen sollte, dann sind auch die übrigen Orte nicht außer Schußlinie.

Zum Streik in der Binnenschiffahrt.

Nachdem die Mannschaften am 15. Februar geschlossen die Fahrzeuge verlassen haben, ruht der Schiffahrtsverkehr fast völlig. Am stärksten wirkt der Streik auf der Elbe, Saale und Havel. Die Gesellschaften hatten die Schiffsführer aufgefordert, Streikarbeit zu leisten; in den meisten Fällen haben diese das Ansinnen jedoch abgelehnt und sind ebenfalls ausständig geworden. Auf der Oder sollte die Schiffahrt am 15. aufgenommen werden, doch sind sämtliche Mannschaften zu Hause geblieben. Die Unternehmer versprechen den Mannschaften, die während des Streiks fahren, sogenannte Streikprämien; doch haben sie damit wenig Erfolg. Die Einigkeit der Mannschaften ist mustergültig. Auch in den Kreisen der Privatschiffer beginnt es zu gären. Sie sind über das Verhalten der Gesellschaften sehr ungehalten; täglich laufen Zuschriften aus Privatschifferkreisen ein, in welchen diese sich für die Nachtruhe aussprechen. Auch die Schiffer von der Elbe nehmen denselben Standpunkt ein. Daß die Forderungen der Organisationen durchführbar sind, beweist die Tatsache, daß bereits über 30 Firmen bewilligt haben. Neue Abschlüsse stehen unmittelbar bevor.

Die Mannschaften rüsten zu einem langen Kampf. Von den Arbeiterorganisationen sind besondere Einrichtungen zur Durchführung des Streiks getroffen. Es sind zwölf Zentralstellen errichtet, die Hauptleitung sitzt in Berlin. Die Streikunterstützung an die in etwa 1000 Dörfern wohnenden Mannschaften wird an einem Tage in zehn Auszahlungsorten vorgenommen.

Der Kampfesmut der Mannschaften ist ein vorzüglicher, so daß die Organisationen den Verlauf der Bewegung in Ruhe abwarten können.

Kampf um den Achtstundentag in England.

Seit mehreren Monaten werden in den englischen Gewerkschaften Beratungen gepflogen und Vorbereitungen getroffen zu einem Kampf zur Erringung eines allgemeinen Achtstundentags. Der Kampf soll sowohl ein parlamentarischer wie ein direkt wirtschaftlicher sein. Die Arbeiterfraktion wird ihrerseits in der nächsten Session eine Vorlage um Einführung des allgemeinen Achtstundentags im Unterhause einbringen. Inzwischen befürworten mehrere Gewerkschaften einen großen direkten Vorstoß um dasselbe Ziel. Die Bewegung ist jetzt bereits soweit gediehen, daß das parlamentarische Komitee des Gewerkschaftskongresses diese Woche darüber beschließen soll, in welcher Form die Entscheidung über diese Frage den Mitgliedern der angeschlossenen Gewerkschaften unterbreitet werden soll. Es wird sich in der Hauptsache um die Beantwortung der folgenden zwei Fragen handeln:

1. Sollen die Verhandlungen in allen Gewerben zur Einführung des Achtstundentags und zur Abschaffung und zur Einschränkung der Ueberstundenarbeit fortgesetzt werden?

2. Soll im Falle der Scheiterung der Verhandlungen in irgendeinem Gewerbe, die ganze Bewegung die Arbeiter des betreffenden Gewerbes bis zum äußersten unterstützen, so daß sie von einem bestimmten Tage an die Arbeit am Ende der acht Stunden einstellen?

Es ist unzweifelhaft, daß die letztere Methode des Kampfes um den Achtstundentag bei den Arbeitern jetzt viel Anklang findet, weil es den Arbeitern dadurch erspart bliebe, einen formellen Streik zu erklären und die Unternehmer die Verantwortung für eine eventuelle Aussperrung übernehmen müßten. Der ganze Kampf ist aber offenbar ein gewaltiges Unternehmen, das mit großen Gefahren und schwerer Verantwortung verbunden ist. Es bleibt abzuwarten, wie sich die verantwortlichen Führer der Gewerkschaftsbewegung zu dieser Propaganda stellen werden.

Auch darüber soll eine Entscheidung getroffen werden, ob die Arbeiterfraktion eine Vorlage für den allgemeinen Achtstundentag einbringen oder ob sie ihre Kräfte auf die Förderung des gesetzlichen Achtstundentags in bestimmten dazu reifen Industrien, wie in der Textilindustrie, auf den Eisenbahnen und in den Bäckereien konzentrieren soll.

Versammlungsberichte.

Die Transportarbeiter hielten am 18. Februar ihre Monatsversammlung im Volkspark ab. Arbeitersekretär Müller hielt einen äußerst lehrreichen Vortrag über das Arbeitsnachweiswesen im Deutschen Reiche, wofür ihm reicher Beifall lohnte. Die Abrechnung vom Wintervergnügen ergab eine Einnahme von 633,30 Mk. und eine Ausgabe von 425,80 Mark, mithin einen Ueberschuß von 207,50 Mk. Unter Verschiedenem wurde mitgeteilt, daß am Sonnabend den 22. Februar, und am Sonnabend, den 1. März zusammen 14 Bezirksversammlungen stattfinden würden. Bezüglich der Bewegung der Binnenschiffer wurde erwähnt, daß die Firma Aug. Mann hier, den Forderungen entgegengekommen sei. Die Hafenarbeiterkollegen wurden ersucht, bei den übrigen Schiffseigentümern und Schiffsgesellschaften keine Streikarbeit zu verrichten. Als solche kommt in Frage wenn Kollegen zu Arbeiten auf den Schiffsständen beordert werden. — Die Firma C. F. Ritter, Leipziger Straße hat das Ersuchen gestellt mitzuteilen daß sie ihren Hausdienern bezüglich der Organisation nicht das geringste in den Weg lege. Hierauf Schluß der leider diesmal schwach besuchten Versammlung.

Aus der Provinz.

Zu den Gemeindevertreterwahlen.

Gemäß der Landgemeindeordnung für die sieben östlichen Provinzen haben in einer ganzen Reihe von Landorten unseres Verbreitungsbezirks im Monat März die Gemeindevertreterwahlen stattzufinden, die von Jahr zu Jahr ein immer lebhafteres Interesse unter der klassenbewußten Arbeiterschaft hervorgerufen haben. Ueber die Notwendigkeit der Beteiligung der arbeitenden Bevölkerung an diesen Wahlen braucht heute kein Wort mehr verloren zu werden; diese ergibt sich schon allein aus den immer größer werdenden Aufgaben, vor die ohne Ausnahme die einzelnen Gemeinden gestellt werden. Dadurch werden aber die Interessen der Arbeiter auch in der Gemeinde immer stärker berührt, so daß ein indifferentes Verhalten gegenüber den Wahlen zu den Gemeindeparlamenten immer verderblicher erscheinen muß.

Die Ausgaben auf dem Gebiete des Schulwesens, des Straßenbaues, der Fürsorge in sanitärer Beziehung, des Beleuchtungswesens usw. werden für die Gemeinden keineswegs geringer, und in Verbindung hiermit wird die Steuerpolitik der Gemeinden von der allergrößten Wichtigkeit für die arbeitende Bevölkerung. In allen diesen Dingen mit ausschlaggebend oder von Einfluß in den Gemeindevertretungen zu sein, muß die Arbeiterschaft sich bei allen Wahlen zu diesen Körperschaften angelegen sein lassen. Die Kommunalpolitik steht in so unmittelbarer Beziehung zu den Interessen der arbeitenden Bevölkerung einer Gemeinde, daß überall das Interesse daran wachgerufen werden muß.

Wie sehr das Bürgertum bemüht ist, die Gemeindekörperschaften als ihre Domäne zu behaupten, geht ja daraus hervor, daß fast überall, wo die Arbeiterschaft sich anheischig macht, selbständig bei diesen Wahlen vorzugehen, mit der größten Zähigkeit versucht wird, die Vertreter der Arbeiter fernzuhalten; sei es durch die frivolsten Wahlmachinationen oder auch in letzter Linie durch Verschlechterung des Wahlrechts. Die bürgerlichen Vertreter wissen ja auch in der Regel, was für sie die Besetzung der Gemeindekollegien bedeutet. Sie fürchten daher eine Vertretung der Arbeiter, müssen sie fürchten, weil gerade in Gemeindeangelegenheiten der Verfolgung von Sonderinteressen der weiteste Spielraum gegeben ist.

Die Verfolgung solcher Interessen muß naturgemäß immer zu Lasten der breiten Masse der arbeitenden Steuerzahler führen, deren Interessen schon in der ärgsten Weise bedroht sind durch die politische Gegnerschaft dieser Gemeindevertreter, die in der großen Mehrzahl parteipolitisch die schlimmsten Reaktionäre sind oder doch bei Wahlen zu den gesetzgebenden Körperschaften den schlimmsten Reaktionären Helfersdienste leisten. Wie oft wird von jenen Leuten betont, die Sozialdemokratie müsse aus den Gemeindekollegien ferngehalten werden, weil sie Politik darin treiben wolle. Mit solchem phrasenhaften Geschwätz haben die Gegner der Sozialdemokratie immer geglaubt, einem selbständigen Vorgehen der Arbeiter bei Gemeindewahlen Einhalt tun zu können. In Wirklichkeit haben sie mit diesen Hinweisen nur bewiesen, daß ihre politische Gegnerschaft in bezug auf die Arbeiter gerade bei ihnen das Hauptmoment bildet, die Sozialdemokratie aus den Gemeindevertretungen fernzuhalten.

Eine große Reihe von Aufgaben harren in den Gemeinden ihrer Lösung. Die Arbeiterschaft hat alles daran zu setzen, an diesen Aufgaben mitzuarbeiten, damit alle Fragen der Kommunalpolitik auch in ihrem Sinne gelöst werden und somit das Gemeinwohl, von dem die bürgerlichen Vertreter so viel zu reden wissen, auch wirklich gewahrt bleibt. Eine umfassende Agitation ist daher notwendig. Die Arbeiterschaft möge überall Sorge tragen, in diesem Sinne tätig zu sein, dann werden auch die Erfolge in denjenigen Orten nicht ausbleiben, wo die Arbeiterschaft noch keine eigene oder nur eine schwache Vertretung in den Gemeindekollegien hat.

Darum auf zum Kampf für die Gemeindevertreterwahlen!

Merseburg. Reklame-Liberalismus. Es geht den Fortschrittlern wie der Margarine: um den „Fortschritt" den Volksmassen schmackhaft zu machen, sucht er nach Mitteln, die nur noch bei Indifferenten ziehen. So lag letzthin in sämtlichen Winkelblättchen des Wahlkreises ein teilweise illustriertes Flugblatt bei, das die bekannte Renommierrede des parlamentarischen Vertreters der Agrarier, des Fortschrittsbauern Koch, enthielt. Der nur auf konservativen Krücken in den Reichstag gewählte Herr Koch stellt sich uns in seiner ziemlich unbedeutenden Rede als waschechter Fortschrittsmann vor. Da gibt es „treffende Hiebe" nach rechts, eine „notwendige" Erwähnung der Herren Sozialdemokraten und, was die Hauptsache zu sein scheint, sich als unübertreffbaren Musterbauern hinstellend. Es ist ja hinlänglich bekannt, daß die neugebackenen bürgerlichen Abgeordneten das Parlament dazu benutzen, um ihre langstieligen öden Reden, die im Reichstag höchstens ein paar Fraktionsfreunde anhören, als Sensation in ihren Winkelblättern abgedruckt zu sehen, damit die Wähler sehen, welch ein tüchtiger Kerl „ihr" Abgeordneter ist. Die Abhängigkeit des gesamten Liberalismus sowie seine Grundsatzlosigkeit und niedrige Sensationsmache kennzeichnen dadurch zur Genüge den Verfall der liberalen Parteien.

Nebra. Vor die Spritze. Sonntag früh 7 Uhr findet auf dem Marktplatz eine Uebung der Pflichtfeuerwehr statt. Unbedingtes Erscheinen ist Pflicht, da sonst Bestrafung eintritt. Armbinden sind anzulegen.

Delitzsch. Die Stadtverordneten nahmen in ihrer letzten Sitzung Kenntnis von einer am 31. Januar bei beiden städtischen Kassen vorgenommenen Revision, wobei alles in bester Ordnung befunden worden ist. Weiter wird Kenntnis genommen von einer Eingabe einiger Anlieger in der Lindenstraße. Darin wird um Beseitigung einer Anzahl Linden zwischen Schäfergraben und Dübener Straße gebeten, weil sie den dortigen Vorgärten Licht und Nahrung nehmen, und verschiedene Wohnungen stark verdunkeln. Hierauf würden die Herren Schimpf und Tauche in den Vorstand der gewerblichen Fortbildungsschule gewählt. Auf Vorschlag der Armendeputation wird der 1. Armenbezirk geteilt und ein neuer gebildet. Als Vorsteher desselben wird Kantor a. D. Gärtner gewählt. Nunmehr stimmen die Stadtverordneten einem Projekt zu, das die Kanalisation der Feldstraße vorsieht. Die Kosten betragen 1000 Mk. Ebenfalls zustimmend erklärte sich das Kollegium zur Anlage eines Dr. Laue-Weges im Stadtpark. Die Kosten, die etwa 1000 Mark betragen dürften, sollen dem Laueschen Legat entnommen werden. Der nun folgende Punkt sieht die Festanstellung des Polizeisergeanten Lindner vor. Dieser, sowie ein weiterer Punkt, der ein Gesuch des Turnlehrers Rein-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191302 21-18/fragment/page=0009

bald um anderweitige Gehaltsregulierung behandeln lassen will, wird auf Antrag Schulz in die nichtöffentliche Sitzung verlegt. Die an der hiesigen Seminarübungsschule beabtigenden wöchentlichen vier Handarbeits- und vier Turnstunden sollen fernerhin von einer hiesigen Lehrerin erteilt werden. Als Entschädigung ist eine Pauschalsumme von monatlich 30 Mk. festgesetzt. Die Stadtverordneten geben dazu ihre Zustimmung. Bei dem Bericht über die Kämmereirechnung schlägt der Referent bei der Volksschulrechnung die Feststellung eines Maurers, und bei der Wasserwerksverwaltung die Feststellung eines Klempners vor. Für einen jährlichen Pachtpreis von 75 Mk. wird dem Bahnhofswirt Klippstein das Fischereirecht im Leber, südlich der Eisenbahnstrecke, und im Badeteiche auf sechs Jahre überlassen. Einem Gebietsaustausch mit dem Eisenbahnfiskus wird einstimmig stattgegeben. Betreffs Verkaufs eines Trennstückes am Halleschen Turm hat sich bei der katasteramtlichen Vermessung ergeben, daß nicht acht Quadratmeter, sondern neun Quadratmeter in Frage kommen. Der Preis erhöht sich für diesen Geländestreifen infolgedessen von 80 auf 90 Mk. Die Stadtverordneten stimmen der Vorlage zu. Nach einer Anfrage des Stadtverordneten Richter über schwebende Eisenbahnprojekte ging das Kollegium zur nichtöffentlichen Sitzung über.

Gräfenhainichen. Stadtverordnetenwahl. An Stelle des zum Magistratsmitglied gewählten Herrn Streubel wurde am Dienstag als „Erstklassiger" der Holzhändler Otto Rudolph gewählt. Auf denselben entfielen von 19 abgegebenen Stimmen 17, während zwei Stimmen der Gutsbesitzer Hennig bekam.

— Für Militärpflichtige. Im hiesigen Schützenhause findet am 6. März von vormittags 7½ Uhr ab Musterung für die Orte Golpa, Oranienbaum, Gröbern, Großmühlau, Hohenlubath, Jüdenberg, Mescheide, Pöplitz, Rothebaude, Schöna, Strohwalde, Zschiesewitz, Zschornewitz und Gräfenhainichen statt.

Eilenburg. Die Etatsberatung im Stadtparlament wurde eingeleitet mit einer Rede des Genossen Raute, der in der beantragten Generaldiskussion u. a. folgendes ausführte: Wenn wir uns den Etat richtig betrachten, sieht er nicht besonders günstig aus. Nur durch verschiedene Manipulationen ist es gelungen, einen günstigen Eindruck zu erwecken. Die Anleihewirtschaft geht in treibhausmäßigem Tempo weiter. Eilenburg hat rund 2½ Millionen Schulden. Durch die Anleihen halsen wir auch den nachfolgenden Generationen die Tilgung der Schulden, die heute gemacht werden, auf. Auch unsere kommende Generation hat Pflichten zu erfüllen und wohin sollte es führen, wenn diese in derselben Weise wirtschaften würden. Die Summen, welche hier dem Hypothekenmarkt entzogen werden, vermindern die Bautätigkeit; es steigt der Zinsfuß der Hypotheken, die Folge davon ist eine Steigerung der Wohnungsmieten. Es muß mit dem System der Anleihewirtschaft in allen Fällen gebrochen werden. Nur für Schulbauten oder eine großzügige Bodenpolitik und dergleichen dürfen Anleihen aufgenommen werden. — Stadtverordneten-Sitzungen haben viel zu wenig stattgefunden. Das kommunale Interesse erlischt dadurch bei den Bürgern. Es muß alles getan werden, um das politisch tote Leben in Eilenburg zu wecken. Trotzdem der Bürgerverein eine Organisation zur Bekämpfung der Sozialdemokratie bilden sollte, habe er die Gründung mit Freuden begrüßt, da er geglaubt habe, es würde nun ein politisch regeres Leben in Eilenburg Platz greifen. Doch hat man seit der Gründung nichts wieder vom Bürgerverein gehört. Das ganze öffentliche politische Leben vollzieht sich in bürgerlichen Kreisen nur am Stattisch. Die Schuld an den wenigen Stadtverordnetensitzungen sei die Deputationsbildung. In den Deputationen spielt sich die ganze kommunale Tätigkeit ab. Dies sei nicht richtig, da ja hier nur die Deputationsmitglieder zugegen sind und die Oeffentlichkeit nichts erfährt. Die kommunalen Angelegenheiten müssen soviel wie möglich aus der Dunkelkammer der Deputationssitzungen heraus. — Die Bezahlung des Bürgerrechtsgeldes ist ein alter Zopf, der beseitigt werden muß. Hierbei sind geradezu tolle Sachen vorgekommen. Es müssen Personen in Eilenburg Bürgerrechtsgeld bezahlen, die gar nicht mehr in Eilenburg wohnen. Diese mittelalterliche Bestimmung hebe keineswegs das Ansehen der Stadt. Genosse Raute ersuchte, seine Anregungen zu beherzigen und die angeführten Uebelstände zu beseitigen. — Bürgermeister Belian vermißt in der Rede des Genossen Raute Vorschläge, wie die Mißstände beseitigt werden können. Nach seinem eigenen Worten ist er jetzt immer noch so klug wie zuvor. Er bestreitet, daß der Etat ungünstig ist. Auch die Schulden sind im Verhältnis zu anderen Städten gering. Durch die Anleihen sei es möglich, auch in den nächsten Jahren ohne Steuererhöhung auszukommen. Wir werden bei notwendigen Ausgaben immer wieder Anleihen aufnehmen müssen. Er stimmt der Forderung zu, daß öfters als bisher Stadtverordnetensitzungen stattfinden müssen. Durch die Deputationen wird die Arbeit nicht allein von den Dezernenten erledigt, sondern im Wesen der zuständigen Deputationsmitglieder. In den Deputationen erledigte Sachen können der Oeffentlichkeit unterbreitet werden. Ferner sei ein Beschluß angenommen, daß alle Antragsteller, sofern der Antrag nicht sofort Erledigung findet, nach 14 Tagen einen vorläufigen Bescheid erhalten. Bei Sachen, die sich länger hinausschieben, bekommt der Antragsteller alle drei Monate Bescheid über den Stand der Dinge. Daß der Bürgermeister die Erhebung des Bürgerrechtsgeldes verteidigte, versteht sich am Rande. Vorsteher Ziervogel stimmt Genossen Raute zu, daß die Anleihewirtschaft in der heutigen Art nicht fortbestehen kann. Ausgaben, für die man keine Gegenwerte hat, sind direkt ohne Anleihe zu decken. Stadtv. Reuß führt aus, daß er selber richtig ist, was Raute den bürgerlichen Einwohnern in bezug auf Interessenlosigkeit in politischer Hinsicht vorgeworfen hat und stellt fest, daß diese von den Sozialdemokraten viel lernen müssen. Er wünscht, daß die Worte dazu beitragen mögen, seine Freunde aufzurütteln. Die Genossen Schimanski und Jentzsch kritisieren moralisch die Erhebung des Bürgerrechtsgeldes als Härte und als eine nicht mehr zeitgemäße Einrichtung. Genosse Raute betonte, es sei notwendig, Mißstände zu kritisieren und die Verwaltung habe dann die Aufgabe, die Kritik zu prüfen und für Besserung unhaltbarer Zustände zu sorgen. Auf das Hauptmoment, die Entziehung des Geldes auf dem Hypothekenmarkt infolge der Anleihe sei der Bürgermeister nicht eingegangen. Herr Belian erwidert, daß alle Ansprüche der Hypothekennachsuchenden in Eilenburg erfüllt werden könnten.

Zu den Sonderhaushaltsplänen hatte der Vorsteher je einen Berichterstatter bestimmt. Eine Glanzleistung bildete der Bericht des Stadtverordneten Scheibe über die Herberge zur Heimat. Man bekam ausführlich zu hören, was die Betten für die Zugereisten kosten, oder das Essen und daß Herr Bockrodt bei der Weihnachtsfeier eine zu Herzen gehende Rede gehalten hat. Beim Etat der Volksschulen kritisiert Genosse Jentsch den Lehrerwechsel in Külsschau; dies gereiche nicht zum Vorteil der zu Unterrichtenden. Auch sei die Summe, die man für die Volksschule ausgebe, prozentual bedeutend kleiner als wie für die Mittelschule usw. Man scheine auch hier zu denken: Für das niedere Volk ist die schlechteste Schulbildung gerade gut genug. Bei der „Armenverwaltung" behauptet Genosse Kottschale, daß die Stadt für auswärtige Kinder 180 Mk. erhält und den Pflegeeltern nur 120 Mk. davon gibt. Für die übrigen 60 Mk. solle die Stadt dann wenigstens das Schulgeld und die Lehrmittel bestreiten. Beim „Krankenhaus" kritisiert Stadtv. Reuß die niedere Bezahlung des Hausmanns. Auch für die Hausmänner in den Schulen sei eine höhere Bezahlung am Platze. Genosse Burkhardt gibt seiner Freude darüber Ausdruck, daß auch einmal von anderer Seite derartige Kritiken kommen. In den Deputationssitzungen habe er oft derartige Anregungen gegeben. Im Krankenhaus z. B. müsse Mann und Frau arbeiten und sofern die Frau krank sei, müsse der Hausmann auf seine Kosten für Ersatz sorgen. Kürzlich habe die Deputation einstimmig beschlossen für einen solchen Fall die Kosten der Stadt zu übertragen. Beim Etat des Gaswerks erklärt Genosse Raute, daß Gerüchte im Umlauf seien in bezug auf die Verwaltung des Gaswerkes, die mindestens einmal geklärt werden müssen. So sollen die Arbeitsverhältnisse in der Gasanstalt die denkbar schlechtesten sein, was ja auch der häufige Arbeitswechsel beweise. Gerade ein städtischer Betrieb müsse mustergültig bestehen. Die Behandlung des Meisters vom Direktor ist eine geradezu gemeine. (Der Vorsteher rügt diesen Ausdruck.) Ferner sind Arbeiter als Spitzel gegen Mitarbeiter usw. verwendet worden. Die Unrentabilität des Werkes hat schon Herr Monski nachgewiesen. Auffällig ist es, daß der Bürgermeister erklärt, der Direktor werde künftig seine Schuldigkeit tun, folglich muß er sie bisher nicht getan haben. Der Bürgermeister erklärt, daß er der Oeffentlichkeit weiter keine Aufklärung geben könne, was Raute zu der Bemerkung veranlaßte, daß dann jedenfalls die umherschwirrenden Gerüchte nicht beschwichtigt sind. Der Direktor der Gasanstalt versuchte einige Entschuldigungen, doch konnte er die Behauptungen des Genossen Raute nicht in Abrede stellen. Genosse Schmidt gab den Bericht vom Wasserwerk und bemerkte, daß er es nicht verstehe, wie die Stadt zirka ½ des Wassers für den Privatverbrauch billiger abgibt als wie es der Stadt selbst kostet. Der Kubikmeter Wasser kostet der Stadt über 11½ Pf., trotzdem gibt die Stadt an größere Abnehmer den Kubikmeter für 10 Pf. ab. Die Staffelung (niedere Staffel 10 und höchste 20 Pf.) sei ungerecht. In Leipzig betrage z. B. der niedere Satz 14 und der höchste 19 Pf. Dies entspreche eher einer richtigen Verteilung der Abgaben. Ein Geschäftsmann, der so wirtschaften würde wie die Stadtverwaltung und seine Waren billiger abgeben als wie er sie selber bezieht, würde strafrechtlich verfolgt.

Der Haupthaltungsplan weist eine Einnahme von 698 100 (gegen 662 700 Mk. im Vorjahre) auf, dem eine gleiche Ausgabe gegenüber steht. Die Steuersätze sind gleich dem Vorjahre: 148 Proz. der Gemeindeeinkommensteuer, davon 125 Prozent Kommunalbedarf, und 198 Proz. Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer (175 Proz. Kommunalbedarf). Eine Anfrage des Genossen Burkhardt wird dahin beantwortet, daß die Wohnungsstatistik ziemlich fertig gestellt sei. Beim Tiefbau glaubt Genosse Schimanski, daß, ehe an die Pflasterung der Rinkartstraße gedacht wird, erst die Bergstraße und Mittelstraße vorgenommen werden sollen. Genosse Kottschale verlangt, daß das Schützenhaus besonders im Etat aufgeführt wird. Aus dem Etat gehe nun hervor, daß ein jährlicher Zuschuß von 700 Mk. für das Schützenhaus erforderlich sei. Es sind aber jedenfalls noch für Instandhaltung und anderes noch weitere Summen ausgegeben, die nicht ersichtlich sind. Gegen die 7 Stimmen unserer Vertreter wurde der Haushaltsplan genehmigt.

Eisleben. Ein „Wohltäter der Menschheit". Eine besondere Reklame der meisten Geschäftsleute besteht darin, daß sie verschiedene Artikel ihres Geschäfts, wenn nicht unter, so aber doch zum Einkaufspreis abgeben. Die zu diesem Zwecke gern benutzte Ware ist der Zucker. Diese Preisunterbietung hat es nun mit sich gebracht, daß eine hiesige Firma, wie sie in Inseraten bekannt gibt — 20 000 Pfund Zucker verschenken will. Verlangt wird „nur", daß der Reflektant ein Pfund Margarine zum Preise von 70 Pfg. bei der Firma kauft. Wer also nichts kauft, der erhält eben keinen Zucker. Uns ist die Qualität der Butter nicht bekannt, aber es will uns scheinen, als ob im Butterpreise der Preis des Zuckers mit enthalten ist, weil er nur auf eine bestimmte Margarinemarke verabfolgt wird. Der Erfolg einer derartigen Reklame ist, daß der Warenumsatz des Geschäfts gesteigert wird — damit auch der Verdienst — und wie die Firma selbst schreibt, sie als ganzer Wohltäter der Menschheit auftritt. Wir zweifeln nicht daran, daß es Leute geben wird, die sich die Füße nach dem billigen Zucker weglaufen werden, aber wir geben uns auch der Hoffnung hin, daß ein aufgeklärter Arbeiter nicht zu dem „Wohltäter der Menschheit" geht und dort seinen Bedarf deckt, sondern, wie es in seinem eignen Interesse zweckdienlich ist, das in der Verkaufsstelle des Konsumvereins tut.

Sangerhausen. Bürgerliche Bildungsarbeit. Nach den Berichten der beiden hiesigen Zeitungen hatte sich der Vortrag des Herrn Jansen-Berlin über Verbreitung von Volksbildung nur einer ganz kleinen Zuhörerschaft zu erfreuen. Eingeweihte konnten das ja von vornherein wissen. Als der Herr im Sommer vorigen Jahres den ersten Vortrag hielt, berichtete die Sangerhäuser Zeitung, man würde zum Herbst eine neue Versammlung einberufen und würde ohne Unterschied auch die freien Gewerkschaften dazu einladen, um nach den Ausführungen des Referenten die Volksbildung frei von aller Religion und von allen Parteibestrebungen zu betreiben. Ueberhaupt sei Neutralität bei der wahren Volksbildung die Hauptsache. In diesem Sinne sollte gearbeitet werden. Daß die Bildung des Volkes bitter nottut, hat die organisierte Arbeiterschaft längst begriffen; den besten Beweis lieferte ja die Tätigkeit der Bildungsausschüsse mit ihrer Zentrale in Berlin, wo man bereits über 100 000 Mk. für Bildungszwecke ausgegeben hat. Die Forderung der Neutralität scheint man hier allerdings schnell wieder vergessen zu haben. Wir haben wohl gelesen, daß die Kriegervereine, die evangelischen Arbeiter usw. zum Besuch dieser „neutralen" Veranstaltung eingeladen worden sind, aber die in Sangerhausen stark organisierte Arbeiterschaft, die muß man mit allen möglichen Mitteln bekämpfen. Die organisierte Arbeiterschaft wird eben ihre Bildungsarbeit so weiter betreiben wie bis jetzt, wenn auch die Mittel hierzu oft sehr schwer aufzubringen sind. Sie hat erkannt, daß sie auch in dieser Beziehung auf sich selbst angewiesen ist und verzichtet auf die Bildungsfaxerei der Bürgerlichen.

Kelbra. Die Kehrseite der Medaille. Der projektierte Bahnbau Artern-Kelbra hat die Einwohnerschaft Kelbras schon wiederholt in Aufregung versetzt und die Meinungen über die Linienführung der Bahn gingen weit auseinander. Während ein Teil der Einwohner die Linienführung unterhalb des Orts befürworteten, glaubte der andere Teil, daß die Linienführung oberhalb des Ortes viel vorteilhafter sei. Eine Firma Bachstein projektierte die ertgenannte Linie. Die Regierung entschied sich bekanntlich für die andere Linie. Am 6. Juli v. J. beschäftigte sich die Stadtverordnetenversammlung mit dem Bahnbauprojekt und stimmte mit neun gegen zwei Stimmen unserer Parteigenossen dem Projekt der Firma Bachstein zu. Ueber diesen Beschluß war der in der Sitzung als Zuhörer anwesende Maurermeister und jetzige Stadtverordnete Bloßfeld von hier derart empört, daß er die Befürworter des Projekts Bachstein als „Schippenlecker", als „Verräter der Interessen der Bürgerschaft" usw. bezeichnete. Ferner berief Bl. für den 8. Juli eine öffentliche Bürgerversammlung ein, die sich mit dem Bahnbauprojekt und dem Beschluß der Stadtväter beschäftigte. In der Einladung hieß es, die Stadtverordneten hätten bei dem Beschluß ausschließlich ihre eigenen Interessen im Auge gehabt. Unsere beiden Genossen, die der Stadtverordnetenversammlung angehören, wurden natürlich, weil sie gegen das Projekt gestimmt hatten, über dem grünen Klee gelobt.

Aus den Worten des Bloßfeldt wurde eine Beleidigung konstruiert und die neun bürgerlichen Stadtverordneten erhoben Privatklage. Ferner gab die Mehrheit der Stadtverordneten in einer Versammlung dem Vorsitzenden die Ermächtigung, die Staatsanwaltschaft in Nordhausen zu ersuchen, die Beleidigungsklage im öffentlichen Interesse zu erheben. Das geschah. In der Zwischenzeit starb nun ein Stadtverordneter und Bloßfeldt wurde als bürgerlicher Kandidat gegen den Kandidat der Arbeiterschaft aufgestellt. Von diesem Augenblick wehte ein anderer Wind. Die Spießbürger wurden alle gegen unsern Genossen aufgepeitscht, der rote Lappen gehörig geschwenkt und von diesem Augenblick an tauchten auch die Arbeitervertreter im Stadtparlament nicht in der Wurzel. Bloßfeldt wurde gewählt.

Und nun kommt die Kehrseite der Medaille. Aus einem Saulus wurde ein Paulus. Der neugebackene Stadtvater wurde gehen und ging sofort Arm in Arm mit denjenigen, die er kurz vorher auf schärfste bekämpft hatte. Er hatte sich angeblich „übergeugt", daß die Mehrheit seiner Stadtverordnetenkollegen bei ihrem Beschluß im Interesse der Stadt gehandelt hatte. Nun ging das Feilschen los. Die verklagte Beleidigungsklage mußte aus der Welt geschafft werden. Bloßfeldt war zu allem bereit. Er ließ es sich ein schönes Stück Geld kosten und erklärte sich bereit, sämtliche Kosten bei der Zurücknahme der Klage zu zahlen. Die Stadtverordneten taten ihm den Gefallen. Anders war es nun mit der von der Staatsanwaltschaft anhängig gemachten öffentlichen Beleidigungsklage. Wegen dieser Klage hatte sich Bl. am Mittwoch vor der Nordhäuser Strafkammer zu verantworten. Auch hier wurde ein Weg zur Beilegung des Konflikttes gefunden. Die Antragsteller zogen auch diesen Klageantrag zurück und während der Vertreter der Anklage eine Möglichkeit der Einstellung für zweifelhaft hielt, erkannte das Gericht auf Einstellung des Verfahrens, weil das Verfahren wegen öffentlicher Beleidigung durch die Einstellung der Privatklage nicht möglich sei. Beide Verfahren gehörten zusammen.

Also wieder viel Lärm um nichts. Recht eigentümlich erscheint einem Unparteiischen aber doch die Haltung des tapferen Herrn Bloßfeldt!

Biehla. Die letzte Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins befaßte sich mit den bevorstehenden Landtagswahlen. Besonders hervorgehoben wurde, daß in Biehla und Umgegend eine große Anzahl Nichtpreußen wohnhaft sind. Wir ersuchen nun die Betreffenden, soweit es noch nicht geschehen ist, sofort die preußische Staatsangehörigkeit zu erwerben, um sich dadurch das Wahlrecht zu sichern. Man wende sich in dieser Angelegenheit an den Genossen Rich. Patitz, Karlstraße 155, I.

Mühlberg. Zur Lohnbewegung der Schiffer. Die in unserem Orte wohnenden Schiffer haben sich — soweit sie der Organisation angehören — sämtlich der Lohnbewegung angeschlossen. Die Zahl der im Lohnkampf Stehenden beträgt 42. Leider ist es der Fall, daß organisierte Arbeiter die Schifffahrt der Firma Dicke u. Busse über Wasser halten wollen, indem sie den Unternehmern dadurch Handlangerdienste erweisen, daß sie die zu befördernden Gegenstände ein- und ausladen. Während organisierte Arbeiter aufhörten, finden sich wieder Arbeitswillige, die den Schiffern in den Rücken fallen und dem Schiffseigner Liebesdienste erweisen. Würden die Arbeiter die Arbeit nicht verrichten, so wäre dem Schiffseigner nicht möglich, den Betrieb aufrecht zu erhalten, und er müßte wohl oder übel die Forderung der Schiffer anerkennen.

Allerlei.

Schiffe in Seenot.

Das französische Paketboot Sidi Brahim, das den Postdienst mit Oran versieht, erlitt gestern auf der Fahrt von Oran nach Marseille auf hoher See eine Havarie in der Maschinerie, die das Funktionieren der Steuerung verhinderte. Das Paketboot lief infolgedessen 20 Meilen von Marseille fest und ruft um Hilfe. Es hat außer der Mannschaft über 200 Passagiere an Bord. Man hat sofort von Marseille zwei Paketboote zu Hilfe gesandt, weiß aber noch nicht, ob es diesen gelungen ist, den Sidi Brahim zu erreichen. Bei dem ungemein schlechten Wetter liegt man ernste Besorgnisse um das Schiff.

Hamburg, 19. Februar. Der mit einer Kohlenladung am 7. Februar von Newcastle nach Königsberg abgegangene Dampfer Elsa Hugo Stinnes 15 ist seit mehreren Tagen überfällig. Da der Dampfer auf der Reise Sturm und Nebel hatte und drahtlose Meldungen von dem mit Funkentelegraphie ausgerüsteten Dampfer nicht zu erhalten waren, befürchtet man, daß er verloren gegangen ist. Der Dampfer hatte 15 Mann Besatzung.

Drei Kinder und vier Arbeiter verbrannt.

In einem Hause in der Muhliusstraße in Kiel fand Mittwoch vormittag drei Kinder im Alter von eineinhalb bis sechs Jahren in Abwesenheit der Eltern verbrannt. Durch den überheizten Ofen war zum Trocknen aufgehängte Wäsche in Brand geraten. Die durch die Rauchentwicklung bewußtlos gewordenen Kinder wurden von den Flammen ergriffen.

Wien, 19. Februar. Wie die neue Freie Presse meldet, sind beim Brande eines Wächterhauses in der Nähe von Opcina vier kroatische Arbeiter verbrannt. Ein fünfter erlitt schwere Brandwunden.

Folgenschwere Explosionen.

In einem Hamburger Geschäftshause explodierte am Mittwoch mittag ein Säureballon. Die Säure floß in die darunter befindliche Etage, wo viele dort arbeitende Mädchen zum Teil schwer verbrannt oder durch Säuredämpfe an ihrer Gesundheit geschädigt wurden.

Ein zweites Explosionsunglück hat sich in Zerbau ereignet, wo Feldartillerie scharf geschossen hatte. Zwei Steinsetzer sowie ein Schiffer hatten Sprengstücke gesammelt und dabei auch ein nichtkrepiertes ganzes Geschoß aufgenommen. Bei näherer Untersuchung der Geschosse auf dem Hofe eines Karusselbesitzers platzte das Projektil und verletzte, zum Teil schwer, vier Erwachsene und drei Kinder, die dem gefährlichen Experiment zugesehen hatten.

Briefkasten der Redaktion.

Feuerschutz. Wenden Sie sich wegen Ihrer Erfindung an irgendein Patentbureau, vielleicht den Patentanwalt Hans Eyck, Halle, Leipziger Straße 55.

H. 19. Der Bericht mag für Sie persönlich wohl interessant gewesen sein, für die große Allgemeinheit jedoch nicht; deshalb abgelehnt.

Ramsin. Der Antrag auf Ersatz der persönlichen Auslagen (Verteidigung, Zeitversäumnis) mußte in der Verhandlung gestellt werden. Es liegt aber allemal im Ermessen des Gerichts, ob es dem Antrag stattgeben will.

*2286

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219130221-18/fragment/page=0010